

22. Mai

4 / 2019

[www.landtag-mv.de](http://www.landtag-mv.de)



+++ Zum Tode von Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider +++

+++ Finanzausgleichsgesetz wird neu geregelt +++ Gesetzentwurf zur Abschaffung der Straßenbaubeiträge +++  
Petitionsausschuss stellt Tätigkeitsbericht 2018 vor +++ Wahlrecht für betreute Menschen +++



3-4	Gedenken an Sylvia Bretschneider	„Eine starke Frau und hervorragende Repräsentantin des Landes“
5	Nachruf	Stefan Koslik, Vorsitzender der Landespressekonferenz, zum Tode von Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider
6-11	Wirken von Sylvia Bretschneider	Ihre Präsidentschaft in Bildern
12-13	Trauer um Sylvia Bretschneider	Trauerstaatsakt für Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider
14-15	Aktuelle Stunde	Ein besseres FAG führt zu demokratischer Rendite – der Finanzausgleich wird neu geregelt
16-25	Berichte	Debatte zur Südbahn – geplante Stilllegung zweier Bahnstrecken Endspurt für die beitragsfreie Kita Beitragspflicht wird abgeschafft – Gesetzentwurf zur Abschaffung der Straßenbaubeiträge Müll-Problem im Meer – Tausende Plastikteile verschmutzen Strände und Ostsee Debatte um Einsatz von Jugendoffizieren
26	Weitere Beschlüsse	Mehr Kompromisse angemahnt – Petitionsausschuss stellt Jahresbericht für 2018 vor Betrieb für Bau und Liegenschaften wird umstrukturiert Wahlrecht für betreute Menschen Automatisierte Sachbearbeitung Antisemitismusbeauftragter
27	Gesetzgebung	Laufende und abgeschlossene Gesetzgebung
28-30	Aus den Ausschüssen	<i>Innen- und Europaausschuss:</i> Übungseinsatz im Trainings-Center <i>Wirtschaftsausschuss:</i> Schutz vor Einfluss der Wirtschaft <i>Internationales:</i> Delegation berät über Schutz der Meere und Unterwasserwelt <i>Finanzausschuss:</i> Ausschuss informiert sich über Werften und Gesundheit <i>AdR:</i> Die EU nach der Wahl
31	Chronik	
32	Tag der offenen Tür	

Titelfoto: SPD-Fraktion

**IMPRESSUM**

Herausgeber:  
**Landtag Mecklenburg-Vorpommern**  
 - Öffentlichkeitsarbeit -  
 Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin  
 Fon: 0385 / 525-2183, Fax 525-2151  
 E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de  
 Internet: www.landtag-mv.de

**Redaktion:** Referat Öffentlichkeitsarbeit,  
 Gerhard Reichert, Anna-Maria Leistner,  
 Michaela Ludmann

**Layout:** Uwe Sinnecker,  
 www.uwe-sinnecker.de

**Druck:** produktionsbüro TINUS  
 Gedruckt auf Recyclingpapier

Zugunsten des Leseflusses und aus Platzgründen haben wir bei der Bezeichnung von Menschengruppen manchmal nur die männliche Form verwendet. In solchen Fällen ist die weibliche Form mitgedacht.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder. Alle Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.

Die LANDTAGSNACHRICHTEN können kostenlos bezogen werden. Bestellungen sind an den Herausgeber zu richten. Redaktionsschluss 03.05.2019



Fotos: Bernd Lasdin

In der Konzertkirche Neubrandenburg fand zu Ehren der verstorbenen Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider ein Trauerstaatsakt statt.

## „Eine starke Frau und hervorragende Repräsentantin des Landes“

Würdigung der am längsten amtierenden Landtagspräsidentin Deutschlands

Der Landtag trauert um seine Präsidentin. Am 28. April 2019 ist Sylvia Bretschneider nach langer, schwerer Krankheit gestorben. Sylvia Bretschneider gehörte seit 1994 als Abgeordnete der SPD-Fraktion dem Landtag Mecklenburg-Vorpommern an. Seit dem Jahr 2002 war sie Landtagspräsidentin. Das Parlament wählte sie in den vergangenen Jahren insgesamt viermal zur Präsidentin. Das Amt übte die Sozialdemokratin mehr als 16 Jahre aus. Mit Sylvia Bretschneider verstarb die zurzeit am längsten amtierende Präsidentin eines deutschen Parlamentes.

Beate Schlupp, 1. Vizepräsidentin des Landtages, und Dr. Mignon Schwenke, 2. Vizepräsidentin des Landtages, würdigten Sylvia Bretschneider als eine starke Frau und hervorragende Repräsentantin

des Landes Mecklenburg-Vorpommern, der das demokratische Gemeinwesen eine Herzensangelegenheit gewesen sei. Beate Schlupp: „Sylvia Bretschneider hat sich mit aller Kraft für die Verteidigung und Stärkung der mit der politischen Wende 1989 errungenen Werte und Freiheiten eingesetzt. Extremistischen Gegnern der parlamentarischen Demokratie bot sie entschieden die Stirn.“ Und Dr. Mignon Schwenke weiter: „Die Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit insbesondere im Ostseeraum, ihr Wirken für den Tourismusverband, das persönliche Engagement für die Welterbe-Bewerbung des Schweriner Residenzensembles wie auch ihr Einsatz für den Bau des neuen Plenarsaals unseres Landesparlamentes werden unvergessen bleiben.“



1. Vizepräsidentin Beate Schlupp sprach beim Trauerstaatsakt.

Landtagsdirektor Armin Tebben betonte das außerordentliche Engagement, mit dem Sylvia Bretschneider das Land geleitet, gestaltet und geprägt habe. In besonderer Weise habe sie sich der parlamentarischen Bildungsarbeit verpflichtet gefühlt. „Begegnungen mit jungen Menschen waren ihr immer sehr wichtig“, so Armin Tebben. „Das Bemühen darum, die Erinnerung an die Geschehnisse während der Zeit des Nationalso-

zialismus wachzuhalten und gleichzeitig für die parlamentarische Demokratie zu werben, wird mit ihrem Namen verbunden bleiben.“

Bei einem Trauerstaatsakt zum Gedenken an Sylvia Bretschneider am 13. Mai in Neubrandenburg (siehe Seite 12-13) erinnerte die 1. Vizepräsidentin an die Verstorbene und ihr vielfältiges Engagement. Beate Schlupp wörtlich:

„Es war mir eine Ehre als Abgeordnete und Vizepräsidentin mit Sylvia Bretschneider zusammenarbeiten zu dürfen. Als ich Mitglied des Landtages wurde, war Sylvia Bretschneider bereits acht Jahre Abgeordnete und wurde damals zur Präsidentin des Landtages Mecklenburg-Vorpommern gewählt – als erste Frau. Dreimal 2006, 2011 und 2016 hat der Landtag das Vertrauen in ihre Person und in ihre Amtsführung eindrucksvoll bestätigt. [...]

Ihre klare Haltung bei der Sitzungsleitung gegenüber den Gegnern der parlamentarischen Demokratie ist unvergessen. Mit der Gründung der landesweiten Demokratie-Initiative „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“ im Jahr 2008 bündelte Sylvia Bretschneider verschiedenste politische und zivilgesellschaftliche Akteure unter einem Dach, die sich seither gemeinsam für ein demokratisches, freiheitliches und weltoffenes Mecklenburg-Vorpommern einsetzen.

Als aufrechte Demokratin und engagierte wie streitbare Parlamentspräsidentin hatte sie einen klaren Kompass für die Kategorien richtig und falsch. Dabei fühlte sie sich stets den in der Verfassung verankerten Aufträgen verpflichtet. Sie beförderte die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Ostseeraum. Im Jahr 2015 hat sie die Jahreskonferenz der Ostseeparlamentarier nach Rostock-Warnemünde geholt – mit einem landespolitischen Schwerpunktthema, der Gesundheitswirtschaft. Die zweite große Parlamentskooperation des Landtages, das Parlamentsforum Südliche Ostsee, hat sie gemeinsam mit den damaligen Parlamentspräsidenten aus Schleswig-Holstein sowie der Woiwodschaften Westpommern und Pommern ins Leben gerufen, übrigens nach einer Konferenz hier in Neubrandenburg.

Vor ihrer Wahl zur Präsidentin waren Sylvia Bretschneider die Politikfelder Jugend

und Bildung bereits wichtig. Im neuen Amt machte sie diese zu Schwerpunkten ihrer Präsidentschaft. Ob „Jugend im Landtag“, Projektstage in Schulen, das Format „Landtag vor Ort“, Jugendbegegnungstage im ehemaligen KZ Ravensbrück mit Überlebenden des Holocaust: sie hat jungen Leuten Politik – und auch Geschichte – nahegebracht.

Sylvia Bretschneider lebte im Wortsinn die parlamentarische Demokratie. Vor großen Auditorien und auf internationalen Bühnen, ebenso wie vor Schulklassen und im direkten Dialog mit den Menschen etwa beim „Tag der offenen Tür“: immer hatte Sylvia Bretschneider ein offenes Ohr für Sorgen und Nöte oder auch Anregungen. Sie war für viele Menschen das Gesicht unseres Landesparlamentes. Auch weit über die Landesgrenzen hinaus warb sie für Mecklenburg-Vorpommern, indem sie sich leidenschaftlich für den Tourismus engagierte. Als Präsidentin und im Vorstand des Tourismusverbandes hat sie diesen wichtigen Wirtschaftsfaktor unseres Landes weit vorgebracht. [...]

Immer mit ihrem Namen verbunden bleiben wird der neue Plenarsaal im Schweriner Schloss. Dessen Neubau hätte es in dieser Form ohne Sylvia Bretschneider nicht gegeben. Wenn ich dies hier erwähne, geht es mir um mehr als lediglich einen Raum in einem Schloss. Denn dieses Bauvorhaben steht sinnbildlich für das politische Gespür und die Durchsetzungsfähigkeit, die sie als Politikerin ausmachte und er steht für die demokratische Kultur, deren Einhaltung sie stets anmahnte.

Sylvia Bretschneider hatte früh erkannt, dass die parlamentarische Demokratie in unserem Land ein neues Herzstück braucht. Sie hat die Widerstände, die jedem öffentlichen Großprojekt heute von innen und außen entgegenschlagen, als Herausforderung begriffen und diese Widerstände mit Energie, Überzeugungskraft und auch Durchsetzungsfähigkeit überwunden. Ihre Rede zur Einweihung des neuen Plenarsaales, der neuen Herzkammer unserer parlamentarischen Demokratie in Mecklenburg-Vorpommern, war am 27. September 2017 ihre letzte Rede vor unserem Parlament.

Ohne Übertreibung stehen der neue Plenarsaal und seine Entstehungsge-

schichte ein Stück weit sinnbildlich für das politische Vermächtnis von Sylvia Bretschneider. Denn ihr Credo, das was ihrer Überzeugung nach Politikerinnen und Politiker ausmachen sollte – und hier zitiere ich aus ihrer Antrittsrede als Landtagspräsidentin im Jahr 2002 – also „das Vermögen, einander zuzuhören und Argumente und Fakten in der Sache hart, aber ohne persönlich zu verletzen, auszutragen“ – Zitat Ende, das kann in dem neuen runden Plenarsaal hervorragend stattfinden und bereichert unsere politische Kultur im Lande.

Auch mit dem Bemühen, das Residenzensemble Schwerin zum UNESCO-Weltkulturerbe zu machen, wird ihr Name verknüpft bleiben.

Sylvia Bretschneider hat den Landtag Mecklenburg-Vorpommern nach außen hervorragend repräsentiert und hat nach innen viel bewegt. Ihre Rolle als Präsidentin füllte sie souverän, entschlossen und bestimmt aus. [...] Als Landtagspräsidentin vertrat sie mit Nachdruck die verfassungsgemäße Rolle des Landtages: als höchste politische Gewalt, die die Arbeit der Landesregierung kontrolliert.

Wir nehmen heute nicht nur Abschied von einer Politikerin. Wir verabschieden uns auch von dem Menschen Sylvia Bretschneider. Ich selbst habe sie als sehr warmherzig und als einen ausgeprägten Familienmenschen kennen gelernt. Neben der gemeinsamen Arbeit haben wir uns auch immer über unsere Familien ausgetauscht, stolz Fotos gezeigt und über den Wunsch nach weiteren Enkelkindern philosophiert. [...]

Sylvia Bretschneider war ein lebenslustiger Mensch. Voller Leidenschaft konnte sie sich in die Arbeit stürzen, aber genauso genoss sie die ruhigeren Momente im Leben.

Wir erinnern uns gerne an die zahlreichen Sommerfeste des Landtages, bei denen sie auf die Bühne stieg und spontan Musikstücke zum Besten gab. „Ich mach mein Ding“ – auch das war Sylvia Bretschneider. [...] Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern wird seiner verstorbenen Präsidentin ein ehrendes Andenken bewahren.“

# Eine aufrechte Demokratin

Deutschlands am längsten amtierende Parlamentspräsidentin starb nach schwerer Krankheit – Ein Nachruf



Foto: Ecki Raiff

Max-Stefan Koslik ist Vorsitzender der Landespresskonferenz Mecklenburg-Vorpommern.

■ Gekämpft hat sie bis zum Schluss. Und sie war so optimistisch gewesen. Nun hat sie der Krebs doch besiegt. Noch vor einem Jahr war Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider (SPD) fest davon überzeugt, dass sie „Bald wieder an Bord“ sein werde. Sie nahm im Sommer bereits wieder erste Termine wahr. Nach einem schweren Jahr mit vielen Behandlungen besuchte sie im Juli in Los Angeles ein Treffen der deutsch-

des Landes. Mitglied im Kreistag, in der Stadtvertretung. In Förder- und Sportvereinen zeigte sie sich aktiv. Insgesamt viermal wählte das Parlament die frühere Lehrerin zur Präsidentin. Ihr hervorgehobenes Amt nutzte sie auch, um sich in der von ihr 2008 mitbegründeten Initiative „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“ für Toleranz und Demokratie einzusetzen. „Wir haben da ja richtig was hingekriegt“, erzählte sie

ordnete in ihren Reden die parlamentarischen Grenzen überschritten. Sylvia Bretschneider hat den „Schweriner Weg“ maßgeblich geprägt, eine Vereinbarung der demokratischen Landtagsfraktionen zum Umgang mit der NPD im Landtag. Im September 2017 – da war die NPD im Landtag längst Vergangenheit, aber noch lange nicht der eine oder andere Rechtsabbieger in der AfD - hielt sie zur Eröffnung des neuen Plenarsaales eine Rede mit zitternder Stimme. Ein Plädoyer für die Demokratie. Gegen Antidemokraten. Ihre letzte Rede. Der neue Plenarsaal im Schweriner Herzogsschloss als Hort der Demokratie, das ist ihr politisches Vermächtnis. Für ihn hat sie sich eingesetzt.

Sylvia Bretschneider wusste, wie viel Arbeit sie ihren Vizepräsidentinnen Beate Schlupp und Mignon Schwenke überlassen musste. „Die beiden machen das großartig“, sagte sie noch im Dezember. Während sie darüber redete, war sie sichtlich ergriffen von der Loyalität und Unterstützung, mit der ihr Mitarbeiter wie Parlamentskollegen den Rücken stärken. „Ein bisschen ist das vielleicht auch der Lohn unseres weiblichen Führungsstils. Ich habe immer gesagt, im Präsidium geht es nicht um uns oder um Parteipolitik, sondern darum, das Parlament würdig zu vertreten.“

Mecklenburg-Vorpommern hat eine aufrechte Demokratin verloren, ihr Mann und ihre Kinder und Enkel verloren eine Ehefrau, Mutter und Großmutter.

Max-Stefan Koslik

## „Lautstark und mitunter provozierend gegen Rechtsextremismus“

amerikanischen Vereinigung der Länderparlamentarier „Partnerschaft der Parlamente“. Nein, sie wollte nicht loslassen. Vielleicht war es auch ein bisschen das Amt, das sie immer wieder aufstehen ließ.

Und doch kam der Rückschlag. Unerwartet. Unberechenbar. Sie kämpfte, wie sie immer kämpfte. Und mischte sich ein, wie sie sich immer einmischte. Bis zum letzten Augenblick unbeugsam. Ungebeugt. Ihr Fenster zur Welt: der Kurznachrichtendienst Twitter. Sie kommentierte, kommunizierte, attackierte.

Ihr Amt als Landtagspräsidentin hatte Sylvia Bretschneider am 22. Oktober 2002 angetreten. Sie war damit bis zu ihrem Tod die aktuell am längsten amtierende Präsidentin eines deutschen Parlaments. Dem Landtag in Schwerin gehörte sie seit 1994 an. Sie war Landesvorsitzende des Tourismusverbandes

bei ihrem letzten Besuch im Landtag im Dezember stolz. „Es ging ja nie nur darum, gegen die NPD zu sein, sondern gemeinsam etwas für Demokratie und Toleranz, Streit in der Sache und Kompromissfähigkeit zu unternehmen.“ Begegnungen mit jungen Menschen waren ihr immer wichtig. Die Erinnerung an die Geschehnisse während der Zeit des Nationalsozialismus wachzuhalten und gleichzeitig für die parlamentarische Demokratie zu werben, damit wird ihr Namen verbunden bleiben. Die Förderung der Zusammenarbeit im Ostseeraum und ihr persönliches Engagement für die Weltkulturerbe-Bewerbung des Schweriner Residenzensembles werden vielen Wegbegleitern unvergessen bleiben.

Lautstark und mitunter provozierend artikuliert sie sich gegen Rechtsextremisten. Im Parlament schritt sie beherzt und entschieden ein, wenn NPD-Abge-

Foto: Cornelius Kettler



Landtags-Abgeordnete Sylvia Bretschneider, 1997

Foto: Jens Büttner



Wahl zur Landtagspräsidentin, 2016

Foto: Jens Büttner



Im Gespräch mit Bundestagspräsident Norbert Lammert, 2015



15 Jahre Landtag M-V am 26.10.2005, hier v.l.: 2. Ehemaliger Landtagspräsident Hinrich Kuessner (SPD); Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider (SPD) und ehemaliger Landtagspräsident Rainer Pracht (CDU)

Foto: Uwe Balewski



Sylvia Bretschneider bei ihrer Wahl zur Landtagspräsidentin 2006

Foto: Cornelius Kettler

## Erste Schritte im Landtag M-V bis zur Präsidentschaft

■ **Sylvia Bretschneider** war seit 1994 Abgeordnete des Landtages und gehörte der SPD-Fraktion an. Im Jahr 2002 wurde sie zum ersten Mal zur Landtagspräsidentin gewählt. Es folgten dreieinhalb Legislaturperioden, in denen sie dem Landtag als Präsidentin vorsah. Zuletzt wurde sie am 4. Oktober 2016 erneut gewählt. Sylvia Bretschneider war fast 17 Jahre Präsidentin des Landtages Mecklenburg-Vorpommern. Als letzte offizielle Amtshandlung eröffnete sie im September 2017 die erste Landtagssitzung im neuen Plenarsaal.



Mit Beate Schlupp und Dr. Mignon Schwenke, 2016

Foto: Jens Büttner



v.l. 3. Vizepräsidentin Silke Gajek, Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider, 1. Vizepräsidentin Beate Schlupp, 2. Vizepräsidentin Regine Lück, 2011

Foto: Uwe Balewski



Landtags-Sitzung vom 03.06.2015



Foto: Landtag M-V

Sylvia Bretschneider mit der Holocaust-Überlebenden Batsheva Dagan bei den Jugendbegegnungstagen in der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück, 2013

Foto: Cornelius Kettler



Sylvia Bretschneider mit Teilnehmern des Wettbewerbs „Jugend debattiert“, 2010



Foto: Angelika Lindenbeck

Einer der ersten Termine im Jahr:  
Sternsingerempfang im Landtag M-V, 2005

Foto: Anett Agarius

Zusammenarbeit im Rahmen des regelmäßigen  
Dialog-Projekts "Jugend im Landtag"

Foto: Landtag M-V



Auf Augenhöhe mit Groß und Klein, 2003

## Jugendprojekte

■ Sie begegnete Kindern und Jugendlichen auf Augenhöhe ohne sich zu verstellen. Ob bei Projekten wie „Jugend im Landtag“ und „Jugend debattiert“ oder bei Zeitzeugenarbeit im Frauen-Konzentrationslager Ravensbrück. Sie war die Verbindung zwischen jungen Menschen und denjenigen, die Krieg und Verfolgung erleben mussten. Erinnerungen wachhalten, Erfahrungen weitergeben und aus dem Vergangenen für die Zukunft lernen war ihr Credo. Die Holocaust-Überlebende Batsheva Dagan aus Israel ist ihr dabei zur Freundin geworden.

Foto: Danny Gohlike



Der Erlös der Weihnachtsfeier der Landtagsverwaltung ging im Februar 2015 an die Kicker des FSV Nord-Ost Rostock.

Fotos: Landtag M-V



Jamel rockt den Förster 2015, u.a. mit Birgit Hesse (3. v. li.) und Regine Lück (re.)



Landtag vor Ort in Anklam, 2016

## Demokratie und Toleranz

■ Nichts prägte ihre langjährige Präsidentschaft so sehr wie ihr Engagement für Demokratie und Toleranz. Sie sah sich dabei nicht so sehr als Kämpferin gegen Rechtsextremismus als vielmehr als Botschafterin für Vielfalt, Weltoffenheit und Demokratie. Als Mitbegründerin der Initiative „WIR: Erfolg braucht Vielfalt“ bündelte sie das demokratische Engagement im Land und fand zahlreiche Unterstützerinnen und Unterstützer.



Besuch des THW-Standes auf der WIR-Meile beim Tag der offenen Tür des Landtags 2017



Ein Gläschen mit der Weinkönigin auf der WIR-Meile beim Tag der offenen Tür des Landtags 2017



Foto: Landtag M-V



Vor der Orangerie des Schweriner Schlosses, 2004



Sylvia Bretschneider und Beate Schlupp begrüßen Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, 2017

Foto: Landtag M-V



Schlagkräftig mit den Boxern von Boxclub Traktor Schwerin beim Tag der offenen Tür 2017

Foto: Landtag M-V

Foto: Landtag M-V



Name ist Programm: Aktion Rote Hände beim Tag der offenen Tür des Landtags, 2012



Sylvia Bretschneider und Landesrabbiner William Wolff beim Filmkunstfest 2016

Foto: Landtag M-V

## Tourismus, Welterbe und Bunes

■ Als Präsidentin und Vorstandsmitglied prägte Sylvia Bretschneider viele Jahre den Tourismusverband M-V. Ihre starke Verbundenheit zu ihrem Heimatland bezog sich dabei auf das gesamte Land. Bei ihren vielen Begegnungen mit den unterschiedlichsten Menschen zu den unterschiedlichsten Anlässen machte sie stets auch immer Werbung für die Schönheit und die Vielfältigkeit Mecklenburg-Vorpommerns. Ein Projekt, das sie mit aller Kraft unterstützte, lag ihr dabei besonders am Herzen: die Bewerbung des Schweriner Residenzensembles als Weltkulturerbe.

Am 7. September 2010 haben Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider, der damalige Kultusminister Henry Tesch und Schwerins damalige Oberbürgermeisterin Angelika Gramkow die Vereinbarung des Landes mit der Landeshauptstadt Schwerin zur Bewerbung des Schweriner Schlossensembles als Welterbe der UNESCO unterzeichnet.

Foto: Rainer Cordes





Parlamentsforum Südliche Ostsee 2008, Kolberg  
Foto: Uwe Balewski



Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner und der damalige Landtagspräsident Hans Penz überreichen Sylvia Bretschneider das „Goldene Komturkreuz mit dem Stern des Ehrenzeichens für Verdienste um das Bundesland Niederösterreich“, die höchste niederösterreichische Auszeichnung.  
Foto: NLK/Pfeiffer

## Ostseeparlament und Internationales

■ Sylvia Bretschneider war eine überzeugte Europäerin. Vor allem für die Zusammenarbeit mit den Ostsee-Anrainer-Staaten setzte sie sich ein. Auf der 24. Ostseeparlamentarier-Konferenz in Warnemünde 2015 sprach sie sich für eine starke in die Zukunft gerichtete Zusammenarbeit basierend auf gegenseitigem Vertrauen aus.

Auf Sylvia Bretschneiders Initiative wurde zudem das Parlamentsforum Südliche Ostsee ins Leben gerufen. Aber auch in Niederösterreich hatte sie Spuren hinterlassen: der dortige Landtag verlieh Sylvia Bretschneider das „Goldene Komturkreuz mit dem Stern des Ehrenzeichens für Verdienste um das Bundesland Niederösterreich“, die höchste Auszeichnung des Landes.



Foto: Marcus Drobný

An der Präsidenten-Konferenz in Rostock nahmen die Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen und österreichischen Landtage, des Deutschen Bundestages, des Bundesrates und des Südtiroler Landtages teil. 2015



Foto: Landtag M-V

Reise des Ältestenrats in das Konzentrationslager Auschwitz, 2015



2015 fand in Warnemünde die 24. Ostseeparlamentarier-Konferenz statt.

Fotos: Uwe Sinnecker



Einen Tag vor der feierlichen Eröffnung des neuen Plenarsaals empfing Sylvia Bretschneider...



Foto: Landtag M-V

Zur Eröffnung des neuen Plenarsaals war das Medieninteresse besonders groß.



Bauer Korl sorgte für gute Stimmung.



... interessierte Bürgerinnen und Bürger im Schloss und zeigte ihnen den neuen Saal.



Foto: Landtag M-V

Festrede zur Eröffnungsfeier des neuen Plenarsaals, 2017

## Eröffnung neuer Plenarsaal

■ Unter Sylvia Bretschneiders Präsidentschaft hat der Landtag Mecklenburg-Vorpommern ein Projekt in Angriff genommen, das viele am Anfang zum Scheitern verurteilt sahen – den Bau des neuen Plenarsaals. Sie haben nicht Recht behalten. Am 26. September 2017 wurde der neue Plenarsaal in einem großen Festakt eingeweiht. Einen Tag zuvor konnten die Bürgerinnen und Bürger den Saal kennenlernen – „auf meinen ausdrücklichen Wunsch“ hatte Sylvia Bretschneider bei der Eröffnung gesagt. „Sie haben uns hierhergeschickt, ihnen gehört dieser Saal.“ Einen Tag nach dem Festakt eröffnete Sylvia Bretschneider die erste Landtagssitzung im neuen Plenarsaal. Es war die letzte Landtagssitzung, die sie eröffnete.



Damit durften die Bürgerinnen und Bürger noch vor der feierlichen Eröffnung den neuen Plenarsaal besichtigen.



Hunderte Trauergäste nahmen in der Konzertkirche Neubrandenburg Abschied von Sylvia Bretschneider.

Foto: Bernd Lasdin

## Trauerstaatsakt für Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider

Rund 500 Gäste nehmen in der Konzertkirche Neubrandenburg Abschied

■ Mit einem Trauerstaatsakt haben Politiker, Weggefährten, Angehörige sowie Bürgerinnen und Bürger des Landes von Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider Abschied genommen. Rund 500 Trauergäste aus Politik, Wirtschaft, Sport und Kultur sowie aus ihrem Freundeskreis und ihrer Familie waren dazu am 13. Mai in die Konzertkirche Neubrandenburg gekommen. Zum Gedenken an die langjährige Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider sprachen Vizepräsidentin Beate Schlupp (siehe Seite 3-4), Ministerpräsidentin Manuela Schwesig, die Präsidentin der Hamburgischen Bürgerschaft, Carola Veit, sowie der ehemalige Präsident des Landtages

Niederösterreich, Hans Penz. Begleitet wurde die Zeremonie von der Neubrandenburger Philharmonie, deren Konzerte Sylvia Bretschneider oft besuchte. Es war der erste Trauerstaatsakt in Mecklenburg-Vorpommern. Ministerpräsidentin Manuela Schwesig hatte den Staatsakt angeordnet und würdigte damit die Leistungen der dienstältesten Parlamentspräsidentin in Deutschland in besonderer Weise. Fast 17 Jahre hatte Sylvia Bretschneider das Amt inne.

Ministerpräsidentin Manuela Schwesig bezeichnete ihre politische Weggefährtin „als eine Kämpferin für Demokratie und Vielfalt“, als eine Frau voller Stärke,

Entschlossenheit und mit großer Energie. „Gemeinsam mit vielen Mitstreitern hat sie sich engagiert für Demokratie und Freiheit, Weltoffenheit und Toleranz“, sagte die Ministerpräsidentin. Sie habe zu jener Generation gehört, die mit dem Umbruch 1989/90 begonnen habe, sich politisch zu engagieren. Manuela Schwesig: „1994 zog sie erstmals in den Landtag ein. Und sie brachte sich mit ihrem Sachverstand, mit ihrer Leidenschaft für das Thema ein, das ihr besonders am Herzen lag: Engagiert hat sie sich für Bildungsfragen, für gute Chancen der nachwachsenden Generation starkgemacht.“ Als engagierte und streitbare Präsidentin habe sie sich für eine lebendige parlamentarische De-



Beate Schlupp, Vizepräsidentin des Landtages M-V



Ministerpräsidentin Manuela Schwesig



Carola Veit, Präsidentin der Hamburgischen Bürgerschaft



Hans Penz, ehemaliger Präsident des Landtages Niederösterreich

mokratie eingesetzt. Manuela Schwesig: „Es ist wichtig, dass wir uns alle gemeinsam die vielen positiven Erinnerungen an Sylvia Bretschneider bewahren. Dass wir das Bild dieser klugen, starken und entschlossenen Frau weiter in uns tragen. Einer Frau, die für unser Land, für die demokratische Kultur in der Öffentlichkeit sehr viel getan hat. Und die uns allen fehlt.“

Die Präsidentin der Hamburgischen Bürgerschaft, Carola Veit, sagte, der Tod ihrer Kollegin und Freundin erschütterte sie. „Wir waren als Landtagspräsidentinnen nicht nur Kolleginnen und norddeutsche Nachbarinnen, sondern politisch und menschlich eng verbunden.“ Zum Beispiel auf den Konferenzen der Ostseeparlamentarier, im Parlamentsforum Südliche Ostsee oder in der Runde der Landtagspräsidentinnen und -präsidenten. „Für meine tief verehrte Kollegin war gerade die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Ostseeraum als Teil

der europäischen Integration besonders wichtig und – ja – eine Herzensangelegenheit“, sagte Carola Veit. Gerade bei der Ostseeparlamentarierkonferenz habe sie inhaltlich Verantwortung übernommen. Carola Veit: „Hier zeigte sich – wie ich finde – eine besondere Charaktereigenschaft von Sylvia Bretschneider. Nicht allein die Pflicht zu erfüllen und das Notwendige zu tun, sondern darüber hinaus zu denken und zu gestalten.“ Ebenfalls als Kollege und Freund sprach vor der Trauergemeinde der ehemalige Präsident des Landtages Niederösterreich, Hans Penz. Noch im Dezember 2017 wurde Sylvia Bretschneider im niederösterreichischen Landtag durch Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner und Landtagspräsident Hans Penz das „Goldene Komturkreuz mit dem Stern des Ehrenzeichens für Verdienste um das Bundesland Niederösterreich“, die höchste niederösterreichische Auszeichnung, verliehen. Hans Penz sagte, er verbinde mit Sylvia Bretschneider die Maxime „Sag

immer, was Du denkst, und tue immer, was Du sagst.“ In den zahlreichen Begegnungen und Gesprächen mit Sylvia Bretschneider habe sie sich sehr überzeugend für den Tourismus, für ihr Land Mecklenburg-Vorpommern und für Europa stark gemacht. Hans Penz: „Ich verneige mich vor einer großen Europäerin.“

Sylvia Bretschneider verstarb am 28. April im Alter von 58 Jahren nach langer, schwerer Krankheit. Sie hinterlässt ihren Mann, drei Töchter und drei Enkelkinder.



Vincent Kokert (CDU)



Ministerpräsidentin Manuela Schwesig



Nikolaus Kramer (AfD)

## Mehr Geld für Investitionen

### CDU und SPD loben Einigung zum Finanzausgleich für Kommunen / Opposition bleibt skeptisch bis zum Gesetzentwurf

■ Land und Kommunen haben ihre finanziellen Beziehungen neu geregelt. Die jährlichen Zuweisungen des Landes an Kreise, Städte und Gemeinden sollen im nächsten Jahr von 1,2 Milliarden auf mehr als 1,4 Milliarden Euro steigen. Der Löwenanteil der Erhöhung basiert auf einer neuen Infrastrukturpauschale in Höhe von 150 Millionen Euro. Für hoch verschuldete Gemeinden stellt das Land zusätzlich 50 Millionen Euro bereit. Ebenso für Feuerwehren. Ursprünglich wollten die Koalitionsfraktionen die ausgehandelte Einigung zwischen Land und kommunalen Spitzenverbänden schon in der März-Sitzung per Dringlichkeitsantrag als Aussprache in den Landtag holen. Das scheiterte jedoch an der notwendigen Zustimmung aus den Reihen der Opposition. Nun machte die CDU-Fraktion den Kommunalen Finanzausgleich (FAG) zum Thema der Aktuellen Stunde.

Kommunale Selbstverwaltung – für viele Gemeinden sei das angesichts ihrer Kasernenlage schon lange nicht mehr möglich gewesen, führte CDU-Fraktionschef **Vincent Kokert** an. „Deshalb haben die beiden kommunalen Spitzenverbände immer wieder eingefordert, bei der kommunalen Finanzierung etwas zu ändern.“ Das bisherige Modell „ein Zwitter“ aus gesetzlichen Regelungen von Schleswig-Holstein und Niedersachsen, habe nach drei Jahrzehnten einfach nicht mehr gepasst. „Deshalb führen wir neue Elemente ein.“ Am Ende stünden der kommunalen Ebene rund 200 Millionen Euro mehr zur Verfügung als bisher. Das sei wichtig, um Städte und Gemeinden als „Hort der Demokratie“ in ihrer Selbstverwaltung zu stärken. „In jeder kleinen Gemeinde macht Demokratie doch erst richtig Spaß, wenn du auch was entscheiden kannst. Und entscheiden kannst du, wenn du finanzielle Spielräume hast.“ So gesehen sei jeder Euro an die kommunale Ebene am Ende ein Demokratie-Euro. Die tragende Säule der Novelle bilde die globale Investitions-

pauschale. Für deren Berechnung spielten nicht nur Einwohnerzahlen, sondern auch Steuerstärke und Steuerschwäche der Kommunen eine Rolle. „Wenn Sie das mal auf das Land runterbrechen, werden wir rund 700 Kommunen haben, die davon profitieren.“ Gemeinden, die weniger erhielten, hätten auch jetzt schon aufgrund hoher Steuereinnahmen so gut wie gar nicht vom FAG profitiert. Unter dem Strich sei eine gute Lösung für alle herausgekommen, so Kokert. „Und dafür darf man sich heute auch mal ein bisschen auf die Schulter klopfen und sagen: „Ja, das haben wir gut gemacht.“

Ministerpräsidentin **Manuela Schwesig** hob die 7500 Menschen hervor, die sich in Städten, Gemeinden und Kreisen kommunalpolitisch engagierten. „Wir brauchen diese engagierten Bürgerinnen und Bürger, die nicht auf dem Sofa sitzen und meckern, sondern sagen, ich mache mit in meiner Gemeinde, in meinem Kreistag.“ Ob Kita, Schule, Straßen, Dorfläden oder Gemeinschaftszentren – viele Facetten des Alltags entschieden sich

nämlich genau dort. Wer sich engagiere, brauche jedoch Gestaltungsmöglichkeiten. Getragen von diesem Gedanken sei ein guter Pakt für Kommunen entstanden. Über die neue Infrastrukturpauschale würden Gelder solidarischer als bisher verteilt. In den ersten drei Jahren stünden für Investitionen in Straßen, Kitas und Schulen jeweils 150 Millionen Euro zur Verfügung, danach fortschreitend 100 Millionen Euro. Das bringe den Kommunen mehr Planungssicherheit und Entscheidungsfreiheit und trage dazu bei, Investitionsstaus abzubauen. Zur Wahrheit gehöre jedoch auch, dass diese Pauschale nicht in jeder Kommune ausreichen werde. Ihnen werde das Land zusätzlich 50 Millionen für Haushaltsanierung und Schuldenabbau bereitstellen. „Wir wollen keine Kommune im Stich lassen.“ Schwesig dankte allen, die an dem Finanzausgleich mitgearbeitet haben. Neben Theaterpakt, Mobilfunkprogramm, Schulsanierungsprogramm und Kitagebührenfreiheit sei er Teil einer großen Landesoffensive zur Stärkung der kommunalen Ebene. Und ein klares Signal an alle, die mit den Kommunalwahlen im Mai Verantwortung in Städten, Gemeinden und Kreisen übernehmen würden.

Mit Spaß habe kommunalpolitische Arbeit nur noch selten zu tun, meinte **Nikolaus Kramer**, Fraktionsvorsitzender der AfD. Bei vielen Entscheidungen gehe es nur noch darum, den kommunalen Haushalt zu verwalten und Einsparungen zu prüfen. Freiwillige Leistungen seien vielfach unbezahlbar geworden. „Das ist ein nicht tragbarer Zustand. Aus diesem Grund begrüßt meine Fraktion dieses Finanzausgleichsgesetz ausdrücklich.“ Marode Schulen, Kindergärten, Straßen, Brücken – die Landesregierung habe Kommunen viel zu lange „am finanziellen Gängelband“ gehalten. Bislang liege zum



Thomas Krüger (SPD)



Jeannine Rösler (DIE LINKE)



Bernhard Wildt (Freie Wähler/BMV) Fotos: Uwe Sinnecker

neuen Finanzausgleich jedoch nicht mehr vor als ein 10-Punkte-Papier. Gemeindefarbene Zahlen und ein Gesetzentwurf stünden noch aus. „Die CDU schmückt sich hier mit Federn, die noch nicht gewachsen sind.“ Das habe seiner Ansicht nach nur einen Grund: die anstehenden Kommunalwahlen. Er warf beiden Vorrednern vor, von der ersten bis zur letzten Minute Wahlkampf betrieben zu haben. Das gehöre sich nicht. „Wahlkampf findet draußen auf der Straße statt. Wahlkampf findet beim Bürger statt. Wahlkampf findet in der Kommune statt und nicht hier im Landtag!“

„Sie haben keinen einzigen Vorschlag hier gemacht, wie Dinge hätten anders laufen müssen“, konterte SPD-Fraktionschef **Thomas Krüger**. „Offenbar ist uns da etwas gelungen, was auch die Opposition für einen vernünftigen Schritt hält.“ Die Reform sende eine klare Botschaft an die vielen Tausend Kandidaten der anstehenden Kommunalwahlen: „Sie werden die Mittel zum Gestalten bekommen. Sie werden vor Ort die Kommunen gestalten können.“ Im Zusammenspiel mit den Mitteln für den Breitbandausbau könnten in den kommenden drei Jahren zwei Milliarden Euro verbaut werden. Solch eine Investitionsphase habe das Land noch nie erlebt. „Das sichert Wohlstand, das sichert Arbeit, das sichert Zukunft.“ Um die Gestaltungs- und Entscheidungsfreiheit vor Ort zu stärken, werde das Land Aufgaben abgeben. „Das ist etwas, was die Kommunen ausdrücklich gewollt haben.“ Mögliche Krisenzeiten nehme die FAG-Reform über eine Konjunkturrücklage in den Blick. „Die Vorsorge soll sich auf 500 Millionen Euro belaufen.“ Die Regelungen dafür sollen bis zur Sommerpause stehen. „Eine Vorsorge vor finanziellen Ausfällen macht aber nur dann Sinn, wenn man gleichzeitig auch daran arbeitet, Schulden abzubauen.“ Für kom-

munale Wohnungsbaualtschulden und aufgelaufene Altfehlbeträge stünden deshalb jährlich 50 Millionen Euro bereit. „Unser Ziel ist es, innerhalb von zehn Jahren alle Schulden, die mit Ende 2018 bestanden haben, zu tilgen.“

„Niemand braucht die Selbstbeweihräucherung der Koalition“, erwiderte **Jeannine Rösler**. (DIE LINKE). Die Eckpunkte der Novelle seien bereits rauf- und runterkommuniziert worden. Demokratische Rendite, mehr Selbstverwaltung: „Das sind hehre Worte und Ziele. Entscheidend ist aber, ob und wie viel mehr Spielraum tatsächlich vor Ort ankommt.“ Die zurückliegenden Jahre hätten in den Kommunen tiefe Spuren hinterlassen. Ihre Fraktion fordere daher seit Langem eine Infrastrukturpauschale. „Sie allerdings sind arrogant darüber hinweggegangen. Heute ist der Druck der kommunalen Familie so groß, dass Sie handeln müssen.“ Der nun geplante Betrag werde den Investitionsstau in den Kommunen jedoch nicht so schnell auflösen. „Der FAG-Gutachter hat einen Bedarf in Höhe von 166 Euro pro Einwohner festgestellt, um die Lücke zum Durchschnitt aller Flächenländer zu schließen.“ Vorgesehen seien aber nur 93 Euro. In die Landesmittel dürften die versprochenen 30 Millionen Euro, die Kommunen für die wegfallenden Straßenbaubeiträge erhalten sollen, auf keinen Fall mit eingerechnet werden, so Rösler.

**Bernhard Wildt**, Fraktionsvorsitzender Freie Wähler/BMV, machte für seine Fraktion ebenfalls geltend, immer wieder mehr Geld für die Kommunen angemahnt zu haben. „Insofern könnte ich mich jetzt mit Ihnen gemeinsam freuen und sagen, wir sind auf jeden Fall in die richtige Richtung weitergekommen. Allerdings tue ich das nur eingeschränkt.“ Denn: Der Gesetzentwurf zu den Eck-

punkten werde erst nach der Kommunalwahl vorliegen. „Erst dann wird man sehen, was von diesen Versprechungen übrigbleibt – und das werden wir uns auch ganz genau anschauen.“ Seine Fraktion möchte darin nicht nur Pflichtaufgaben abgesichert sehen, sondern auch freiwillige Leistungen. „Das gehört zur kommunalen Selbstverwaltung dazu.“ Besorgt habe ihn, dass sich erst die Ministerpräsidentin persönlich in die Verhandlungen habe einmischen müssen, damit den Kommunen offenbar bereits zugesagte Zuschüsse nicht reduziert werden.

### Kommunaler Finanzausgleich

Der kommunale Finanzausgleich regelt, wie die Kommunen an den Steuereinnahmen des Landes beteiligt werden und wie dieses Geld unter den Städten, Gemeinden und Landkreisen aufgeteilt wird. Die Zuweisungen sollen den Kommunen die finanziellen Grundlagen ihrer Selbstverwaltung sichern. Wie die Gelder verteilt werden, ist von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich und wird über Landesgesetze geregelt.

Für M-V geht das Innenministerium davon aus, dass die kommunale Finanzausstattung im Vergleich zu 2018 um rund 200 Mio. Euro ansteigen wird.

Die Schlüsselmasse umfasse im Jahr 2020 nun rund 945 Mio. Euro. Hiervon entfielen 588 Mio. Euro auf die Gemeindeebene und 357 Mio. Euro auf die Kreisebene. Zusätzlich stünden knapp 70 Mio. Euro aus Abrechnungsbeträgen aus Vorjahren zur Verfügung, die Übergangsweise auf die kreisangehörigen Zentren entsprechend der Einwohnerzahl ihrer Nahbereiche verteilt werden sollen.



Foto: Jens Büttner

Zwei Streckenabschnitte der Bahn im Süden M-V sollen stillgelegt werden.

## Debatte zur Südbahn

Opposition macht geplante Stilllegung zweier Bahnstrecken zum Thema im Landtag

■ Das Bahnnetz von M-V verliert zwei weitere Bahnstrecken: Regio Infra hat angekündigt, die Abschnitte Parchim-Malchow und Plau am See-Güstrow stillzulegen. Die Betreibergesellschaft begründet diesen Schritt mit dem 2013 vom Land abbestellten Personenverkehr und einer fehlenden Grundfinanzierung für den Streckenerhalt. AfD und DIE LINKE befürchten, dass diese Entscheidung den ländlichen Raum weiter abkoppelt. Beide Oppositionsfraktionen brachten deshalb Dringlichkeitsanträge in die April-Sitzung ein. Darin forderten sie von der Landesregierung, eine Stilllegung zu verhindern und wieder regulär Personenzüge fahren zu lassen. Für die Koalitionsfraktionen kam eine Reaktivierung der Südbahn jedoch nicht infrage.

Die Bahnstrecken zeitlich durchgängig zu erhalten, sei immens wichtig: Eine einmal erfolgte Stilllegung lasse sich kaum rückgängig machen, argumentierte **Jörg Kröger** (AfD). „Die jetzt noch laufende Technik hat nur solange die Strecke nicht stillgelegt ist Bestandsschutz.“ Anstatt die Strecken aufzugeben, sollte die Südbahn mit fahrplangerechten Taktungen und kurzen Umstiegszeiten für Fahrgäste wieder attraktiv gemacht werden. „Das bringt dann steigende Einnahmen. Damit einhergehend ist eine wichtige Grundlage für einen langfristigen Streckenerhalt gelegt.“ Ländliche Mobilitätsbedürfnisse mit dem öffentlichen Nahverkehr zu befriedigen, sei ein wichtiger Baustein im Bemühen um ein klima-, umwelt- und sozialverträgliches Verkehrssystem. Die Schiene

müsse darin einen gebührenden Platz einnehmen. „Wir sollten diese Chance nicht verspielen.“ Für ihn stehe fest: „Wo ein Wille ist, da ist ein Weg.“

„Heute ist Gelegenheit, statt vollmundiger Ankündigungen einen konkreten Beitrag dafür zu leisten, dass sich Menschen im ländlichen Raum nicht abgehängt und von der Politik vergessen fühlen“, so untermauerte **Dr. Mignon Schwenke** den Antrag der Linken. Ihre Fraktion kämpfe seit 2013 mit parlamentarischen Initiativen für die Südbahn. „Die einzige Verbindung von Ost nach West im Süden des Landes muss erhalten werden“ – und zwar als durchgehende Südbahn in Landesverantwortung. Anstatt attraktive Bahnverbindungen zu schaffen, horte die

Landesregierung jedoch eine Viertelmilliarde Euro in einem Sondervermögen. Um die Bahn zwischen Parchim und Malchow wieder fahren zu lassen, wäre jährlich eine Million Euro vom Land nötig. „Das muss drin sein!“ Sie frage sich, warum es für dieses Teilstück keine Lösung nach Vorbild des Abschnitts Malchow-Waren gebe, für den inzwischen der Landkreis Mecklenburgische Seenplatte zuständig sei.

Er könne die Wünsche nachvollziehen, so Verkehrsminister **Christian Pegel**. Am Ende des Tages müsse man sie aber auch bezahlen können. Aufgrund einer Neuverteilung der Regionalisierungsmittel bekomme das Land ab 2022 weniger vom Kuchen. „Das Geld, das wir zurzeit zurücklegen, ist der Versuch, die entstehende Lücke in den Jahren 2022 bis 2031 zu decken“, um das bestehende Angebot langfristig zu erhalten. Dabei gehe es um hohe Millionenbeträge. Allein in diesem Jahr wende das Land 200 Millionen Euro für bestellte Zugverbindungen auf. „Diese Kosten steigern sich jährlich um Beträge zwischen zwei und drei Prozent.“ Deshalb sei es wichtig, Rücklagen zu bilden. Dass der ländliche Raum abgehängt werde, wies er zurück. Die Landesregierung lasse die beiden Landkreise nach der Abbestellung der Bahn nicht im Regen stehen, sondern beteilige sich an der Finanzierung des Busersatzverkehrs. Nach anfänglichen Startschwierigkeiten werde dieser in-



Foto: Jens Büttner



Die Südbahn gibt es so nicht mehr.

zwischen auch angenommen. Die Nutzerzahlen entsprächen jetzt in etwa denen der einstigen Südbahn.

**Dietmar Eifler** (CDU) erinnerte an den Abwägungsprozess, der 2013 zu der Entscheidung geführt habe, die Strecke zwischen Parchim und Malchow nicht weiter zu bestellen: Auf der einen Seite 10,5 Millionen Euro für den Bahnbetrieb, auf der anderen 1,5 Millionen Euro, um den Bus fahren zu lassen. „Es ist also von einem auf ein anderes Verkehrssystem umgeschwenkt worden.“ Der Entschluss des Betreibers, die Strecke stillzulegen, „ist letzten Endes eine Bestätigung dessen, was uns 2013/2014 als Entscheidungsgrundlage diente: die Wirtschaftlichkeit“. Das dürfe nun aber weder zu einem Rückbau der Infrastruktur noch zu einer Entwidmung führen. „Wir stehen vor gravierenden Veränderungen in der Verkehrstechnologie. In den Technologien der Verkehrsmittel insgesamt, aber auch in der Inanspruchnahme der unterschiedlichen Verkehrsinfrastrukturen.“ Niemand könne vorhersehen, wie sich das in den kommenden zehn Jahren entwickeln werde.

In der Sache könne er die Befürworter der Südbahn verstehen, bekundete **Jochen Schulte** (SPD). „Wir haben aber ein grundlegendes Problem in diesem Land“: die begrenzten Finanzmittel für den öffentlichen Personennahverkehr. Wenn das Land Geld für eine Bestellung der Südbahn ausbebe, müsse an anderer Stelle gespart werden. Der

Forderung, den Schienenpersonennahverkehr in die Verantwortung des Landkreises zu legen, stehe er offen gegenüber. Aus seiner Sicht bestehe kein Problem, zwischen dem Landkreis Ludwigslust-Parchim, dem Land und der VMV eine Übereinkommen abzuschießen und das Engagement des Kreises auch finanziell zu unterstützen. Behauptungen von Bundestagsabgeordneten, das Land halte zielgerichtet für den Nahverkehr gedachte Gelder zurück, bezeichnete er als „Mär“. Solch klare Ansagen von Bundespolitikern hätte er sich auch Anfang der 1990er-Jahre gewünscht, als der Bund den regionalen Bahnverkehr auf die Länder übertragen und dabei um jeden Cent gefeilscht habe.

„Es ist bedauerlich, was wir hier zu hören gekriegt haben“, sagte **Jörg Kröger** (AfD). Er hätte ein klares Bekenntnis zum Erhalt des Schienenverkehrs auf der Strecke erwartet, und nicht zum Schienenersatzverkehr. „Es geht hier

nicht um Eisenbahnromantik.“ Der in den Raum gestellte Investitionsbedarf von 9,2 Millionen Euro sei letztlich die Folge jahrzehntelang verschleppter Investitionen. Einmal aufgewendet, fielen diese Kosten nicht jedes Jahr wieder an. Er warb noch einmal darum, die Strecke für Fahrgäste wieder attraktiv zu gestalten. „Wenn man die Sache richtig angeht und dann noch mal neu berechnet, kommt man, denke ich, auch zu anderen Zahlen.“ Was hier zähle, sei der Wille. „Den vermag ich hier aber nicht zu erkennen. Und ohne Willen ist natürlich diese Strecke verloren.“

„Bisher sind sämtliche Bemühungen zur Reaktivierung des Bahnbetriebs am Unwillen des Verkehrsministeriums gescheitert“, befand auch **Dr. Mignon Schwenke** (DIE LINKE). Sie empfahl einen Blick über den Tellerrand hinaus. „Andere Bundesländer, auch Flächenländer, gehen seit langem einen anderen Weg. Sie reaktivieren Bahnstrecken, bilden Verkehrsverbünde. Und die Entwicklung gibt ihnen Recht: Die Nutzerzahlen steigen.“ Das Umdenken der Bevölkerung, bewusst auf ein Auto zu verzichten, sei in vollem Gange. Hinzu komme, dass die stillgelegte Bahnverbindung zwischen Mirow und Wittstock in die Reaktivierungsliste des Verbands Deutscher Verkehrsunternehmen aufgenommen wurde. „Wenn die Bahn also wieder bis ins brandenburgische Wittstock fährt, machen die Ost-West-Anbindung – die durchgehende Südbahn – und die Nord-Süd-Verbindung Güstrow-Plau wieder richtig Sinn.“

*Dringlichkeitsantrag AfD  
Drucksache 7/3442  
Dringlichkeitsantrag DIE LINKE  
Drucksache 7/3445*

### Dringlichkeitsantrag

Welche Themen die Fraktionen in den Landtagsitzungen beraten möchten, müssen sie spätestens zwei Wochen vorher der Landtagspräsidentin mitteilen. Ausgehend davon wird dann die vorläufige Tagesordnung für die Sitzungstage erstellt. Ergeben sich aus dem aktuellen Geschehen heraus weitere Sachverhalte, die Abgeordnete im Landtag diskutieren möchten,

können sie Dringlichkeitsanträge stellen. Die betreffende Fraktion hat dann die Möglichkeit, die Dringlichkeit zu begründen. Stimmen mindestens zwei Drittel der Landtagsmitglieder dem zu, kann der Antrag zusätzlich auf die Tagesordnung gesetzt werden. Geregelt ist das in der Geschäftsordnung des Landtags (§74, Absatz 1).

## Endspurt für die beitragsfreie Kita

Landesregierung bringt Gesetzesänderung in den Landtag ein

■ Seit fast einem Jahr wird über die beitragsfreie Betreuung von Kindern in Krippe, Kindergarten, Hort und Tagespflege diskutiert. Damit Eltern aber wie geplant zum 1.1.2020 von den Kosten befreit werden können, müssen die genauen Bestimmungen dazu ins Kindertagesförderungsgesetz (KiföG) aufgenommen werden. Den Entwurf dazu brachte die Landesregierung in der 61. Sitzung in den Landtag ein. Größter Kritikpunkt der Opposition: mangelnde Verbesserungen bei der Betreuungsqualität.

„Nachdem wir zum 1. Januar dieses Jahres die Gebühren für Geschwisterkinder abgeschafft haben, soll jetzt der endgültige Schritt erfolgen für alle Kinder in unserem Land“, sagte Ministerpräsidentin **Manuela Schwesig**. Damit nehme M-V eine Vorreiterstellung in Deutschland ein. Nirgendwo sonst schließe die Gebührenfreiheit alle Förderarten und auch die Ganztagsbetreuung mit ein. „Wir sorgen damit nicht nur für die größte Entlastung von Familien in unserem Land, sondern auch für die größte Lohnerhöhung.“ Die Abschaffung der Elternbeiträge nicht als Form von Qualitätsverbesserung zu betrachten, halte sie für falsch: „Wir erreichen damit, dass Spielräume entstehen in den Verhandlungen, Erzieher und Tagespflegepersonen besser zu bezahlen.“ Darüber hinaus soll mit der Gesetzesnovelle zusätzliches Geld in die Vor- und Nachbereitungszeit der Erzieher fließen. „Wir investieren also auch mit diesem Gesetz in Qualität.“

**Thomas de Jesus Fernandes** (AfD) bezeichnete den Gesetzentwurf als „Schlag ins Gesicht“ vieler Erzieher. „Schöne Verpackung, zweifelhafter Inhalt.“ An der Qualität der Betreuung werde sich damit nichts verbessern. Gute Kita habe auch etwas mit einem vernünftigen Betreuungsschlüssel, einer guten Bezahlung der Fachkräfte und einer vorausschauenden Personalplanung zu tun. „30 Prozent der Erzieher werden demnächst in Rente gehen.“ Ein weiterer Kritikpunkt: Reichen Betreuungszeiten – zum Beispiel während der Schulferien – nicht aus, würden die zusätzlichen Stunden Eltern in Rechnung

gestellt. „Wieso sollen Eltern den Mehrbedarf tragen, wenn die Kita kostenfrei ist?“ Überhaupt keine Rolle spielten in dem Gesetzentwurf zudem Familienmodelle, in denen Mütter nicht arbeiten gingen. „Wo bleibt der finanzielle Ausgleich für Eltern, die ihre Kinder nicht in den Kindergarten schicken möchten?“ Das Land erwarte einfach, dass alle Mütter arbeiten gehen.

„Die Abschaffung der Elternbeiträge ist eine große Leistung“, entgegnete **Maika Friemann-Jennert** (CDU). „Besonders für Familien mit niedrigem Einkommen bedeutet das eine enorme Entlastung.“ 321 Millionen Euro pro Jahr für die Kindertagesförderung auszugeben, sei für ein Land wie M-V eine ganz schöne Hausnummer - aber auch das beste Rezept gegen Kinderarmut. Auf Druck ihrer Fraktion bringe die Gesetzesnovelle aber auch mehr Geld für vielfach geforderte Qualitätssteigerungen mit sich: insgesamt 6,8 Millionen Euro. Geld, das vor allem der mittelbaren pädagogischen Arbeit, der Fach- und Praxisberatung und Verbesserungen in der Kindertagespflege zugutekommen solle. „Das ist ein Anfang.“ Letztlich werde auch die kommunale Ebene von den gesetzlichen Änderungen profitieren. Für sie bedeute das neue Finanzierungssystem deutlich weniger Bürokratie. „Unterschiedliche Förderstränge werden zusammengefasst und dann als einzige Förderung weitergegeben.“

„Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf gehen wir einen riesigen Meilenstein, den meine Fraktion seit Jahren für die Menschen in M-V gefordert hat“, lobte

**Jacqueline Bernhardt** (DIE LINKE). Es sei ein gutes Zeichen an die Familien im Land, denen so endlich gezeigt werde, dass sie in M-V willkommen seien. Sie müssten jetzt nicht mehr in benachbarte Bundesländer schauen. Die kostenfreie Betreuung eröffne Familien neue finanzielle Spielräume und Sorge für chancengleiche Bildungsmöglichkeiten von der Kita an. Bei aller Euphorie dürfe aber auch die Qualität der Betreuung nicht aus den Augen verloren werden. Die Anforderungen an Erzieher seien mit den Jahren immer umfangreicher geworden. „Wir geben ihnen immer mehr Aufgaben, aber nicht die entsprechende Zeit und dementsprechend kleinere Gruppen.“ Denn: Um Qualitätsstandards wie diese zu erhöhen, fehle es schlichtweg an Personal. Da helfe es auch nicht, immer neue Berufsfelder in die Fachkraftdefinition einzuschließen. Sie forderte, einen Stufenplan für die Absenkung des Betreuungsschlüssels zu entwickeln und dem entsprechend Fachkräfte auszubilden.

Sozialministerin **Stefanie Drese** sprach von einem der wichtigsten Gesetzentwürfe der Landesregierung in dieser Legislaturperiode. „Unsere Vision einer kostenlosen Bildung von Anfang an, unsere Vision einer historisch einmaligen Entlastung für junge Familien ist kurz davor, Wirklichkeit zu werden.“ Die Abschaffung der Elternbeiträge zum 1. Januar 2020 gehe weit über die Vereinbarungen im Koalitionsvertrag hinaus. „Mit Landesmitteln wurde und wird viel bewegt.“ Im Bereich der Kindertagesförderung seien diese in den vergangenen acht Jahren von 118 Millionen Euro auf mehr als 320 Millionen Euro gestiegen. „Das Land wird pro Jahr zirka 145 Millionen Euro in die Hand nehmen, um die komplette Beitragsfreiheit zu finanzieren. Vom Bund kommen in der Endstufe etwa 37,5 Millionen Euro hinzu.“ Fachkräftebedarf, Fachkraft-Kind-Relation, Vergütung, Arbeitszeiten – ihr sei

Foto: Uwe Sinnecker



Ministerpräsidentin Manuela Schwesig in der 61. Landtagssitzung

Foto: Jens Büttner



Kinder sollen beitragsfrei betreut werden.

bewusst, dass das Land bei der Kindertagesförderung vor großen Herausforderungen stehe. „Deshalb will ich auch weitere Investitionen im Bereich Qualität anschieben.“

Niemand erwarte, dass Mütter arbeiten, widersprach **Nadine Julitz** (SPD) der AfD. „Wir schaffen die Voraussetzungen, dass Mütter sich aussuchen können, ob sie arbeiten oder nicht. Das hat etwas mit Entscheidungsfreiheit von Frauen zu tun.“ Viele Frauen wollten eben nicht nur Mutter sein. Auch für Kinder sei es wichtig, Kontakt zu anderen Kindern zu haben. „Und eine gute Kita schafft die Voraussetzungen dafür.“ Krippe, Kita, Hort und Kindertagespflege seien hierzulande gefragt wie in keinem anderen

Bundesland. „Sicherlich an erster Stelle aus reiner Notwendigkeit.“ Das mache es umso wichtiger, Kinder in guter Betreuung zu wissen. Ein gebührenfreies Bildungssystem von Anfang an sei ein großes Anliegen der SPD. Das fördere die Chancengleichheit von Kindern und mache M-V noch familienfreundlicher. Die Vereinfachung der Finanzströme entlaste nicht zuletzt auch Kitas und Kommunen. „In Zukunft wird es eine gemeinsame Beteiligung an der Kostenentwicklung geben, ohne dass Eltern zum Spielball werden können.“

**Bernhard Wildt** Fraktionschef Freie Wähler/BMV, sagte. Familien mit geringeren Einkommen zu entlasten, sei richtig. Gut verdienende Eltern „als Trittbrettfahrer“

mitfahren zu lassen, sollte indes noch einmal hinterfragt werden. „Wenn man Elternbeiträge auf Dauer und für alle auf Null setzt, versiegt damit auch für immer eine Geldquelle.“ Nachdenklich stimme ihn auch die neue Finanzierungsstruktur. Der Landesanteil basiere auf Zahlen von 2018. „Schon in wenigen Jahren erscheint dieser Prozentsatz von 54,5 Prozent völlig willkürlich.“ Er plädierte dafür, bestimmte Aufgaben mit einer bestimmten Finanzquelle zu verbinden – so, wie im Schulsystem. „Warum ist das Land nicht dafür zuständig, die Erzieher zu bezahlen?“

Nach seiner ersten Lesung im Plenum wird der Gesetzentwurf nun in den Ausschüssen beraten. Zudem fand am 15. Mai dazu eine öffentliche Anhörung im Sozialausschuss statt.

In der Debatte meldeten sich noch weitere Redner zu Wort. Die vollständigen Redebeiträge finden Sie zum Nachlesen auf der Website des Landtags (Parlamentsdokumente/Plenarprotokolle) oder zum Nachhören auf dem YouTube-Kanal: Landtag M-V Plenardebatten.

*Gesetzentwurf Landesregierung  
Drucksache 7/3393*

### Informationen

In der Debatte zum neuen KiföG steht zwar die Beitragsfreiheit klar im öffentlichen Fokus. Der Gesetzentwurf sieht darüber hinaus aber auch noch weitere Anpassungen vor. Zum Beispiel:

- Für Tagesmütter und -väter wird eine Grundqualifizierung verankert.
- Außerhalb des Gesetzgebungsverfahrens stellt das Land 200.000 Euro für die Ausbildung von Erziehern bereit.
- Hausaufgaben im Hort zu erledigen, soll Pflicht werden.
- Erzieher, die Auszubildende auf ihrem Weg zu staatlich anerkannten Erzieherinnen und Erziehern für 0- bis 10-Jährige als Mentoren begleiten, erhalten für den ersten Azubi monatlich eine finanzielle Abgeltung in Höhe von 150 Euro, für jeden weiteren 50 Euro.
- Die Rechte von Eltern werden in einem eigenen Paragraphen gestärkt.



Die im Gesetzentwurf vorgesehene Stichtagsregelung für die Straßenbaubeiträge wird noch diskutiert.

## Beitragspflicht wird abgeschafft

Koalitionsfraktionen legen Gesetzentwurf zur Abschaffung der Straßenbaubeiträge vor / Härtefallregelung geplant

■ In Berlin, Hamburg und Bayern sind sie bereits Geschichte. Jetzt zieht M-V nach: Auch hier sollen Grundstückseigentümer von Straßenbaubeiträgen befreit werden. Nachdem der Landtag in seiner Januar-Sitzung einer entsprechenden Forderung der Volksinitiative „Faire Straße“ zugestimmt hatte, legten die Koalitionsfraktionen nun den dafür notwendigen Gesetzentwurf zur ersten Lesung vor. Dieser sieht vor, für alle Straßenprojekte, die ab dem 1. Januar 2018 begonnen wurden, keine Beiträge mehr zu erheben. Als Ausgleich sollen die Kommunen ab 2020 auf Grundlage ihrer gemeindlichen Straßenkilometer eine jährliche Straßenbaupauschale erhalten. Für die Jahre 2018 und 2019 erstattet das Land ihnen auf Antrag die konkret entstehenden Beitragsausfälle. Im Gegenzug soll die Grunderwerbssteuer zum 1. Juli 2019 von fünf auf sechs Prozent erhöht werden. In der Opposition stößt vor allem die geplante Stichtagsregelung auf Kritik.

„Sowohl der Innenausschuss als auch der Landtag haben sich einstimmig zu einer Abschaffung der Straßenausbaubeiträge bekannt. Jetzt machen wir Nägel mit Köpfen“, brachte **Franz-Robert Liskow** (CDU) den Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen ein. Dieser enthalte neben den Eckpunkten zur Abschaffung und Gegenfinanzierung der Beiträge auch eine Stundungsregelung für all jene Grundstückseigentümer, die nicht von den Änderungen profitierten: Um

übermäßige Belastungen zu vermeiden, könnten sie ihre Beiträge bis zu zehn Jahre lang in Raten abzahlen. „Dafür benötigt es nur eines Antrags. Der Nachweis eines berechtigten Interesses ist nicht mehr nötig. Dies kann dann sogar auf 20 Jahre verlängert werden.“ Er warb darum, den Entwurf nun zügig zu beraten und nach Möglichkeit noch vor der Sommerpause zu beschließen, um den Bürgern und der kommunalen Ebene Handlungs- und Planungssicherheit zu geben.

Der Landtag berate nach Ansicht von Innenminister **Lorenz Caffier** in der Frage zu den Straßenbaubeiträgen über „die bundesweit bislang beste Lösung“. Der Gesetzentwurf verhindere „böartige Spitzen“, sei gegenfinanziert und schaffe Klarheit und Planbarkeit für Bürger wie auch Kommunen. „Natürlich wird es in den Ausschussberatungen noch den ein oder anderen Änderungsantrag geben.“ Wer fordere, sämtliche Beitragsbescheide aufzuheben, verhindere jedoch keine Ungerechtigkeiten. Aufgrund komplexer Abrechnungsvorgänge könne sich die Ausstellung von Beitragsbescheiden lange hinziehen. Im Ergebnis könnte es passieren, dass Baumaßnahmen, die bereits viele Jahre zurückliegen, aber noch nicht abgerechnet sind, vom Beitragsstopp profitieren, erst kürzlich abgeschlossene, aber schon abgerechnete Projekte hingegen nicht. „Das kann ich doch nicht ernsthaft als fairer bezeichnen“, hielt Caffier an seiner Spatenstichtagsregelung fest. „Unterm Strich haben wir einen Mittelweg gefunden, der für alle Betroffenen akzeptabel ist und letztlich auch niemanden schlechter stellt.“

**Dirk Lerche** (AfD) sprach von einem guten Tag für die Bürger des Landes. „Mit dem jetzigen Gesetzentwurf ist ein weiterer Baustein für ein bürgerfreundliches M-V gelegt.“ Die Finanzierung über eine moderate Anhebung der Grunderwerbssteuer können wir als AfD-Frakti-

on erstmal mittragen.“ Wenn aber die Einnahmen des Landes steigen sollten, sei diese Steuer für das selbstgenutzte Eigentum wieder abzusenken, so Dirk Lerche. Die Ausfinanzierung der Kommunen über Kilometerpauschalen sei eine löbliche Lösung. Ganz anders die geplante Stichtagsregelung. „Warum so kompliziert?“ Ab dem 1. Januar 2018 keinerlei Beiträge mehr zu erheben, sei vielleicht nicht fairer, entlaste aber mehr Bürger. „Und zwar auch viele von denen, die bis heute für die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge gekämpft und regelmäßig an Demonstrationen teilgenommen haben.“ Das wäre eine bürgerfreundlichere Lösung und würde am Ende auch viele Klageverfahren verhindern. Seine Fraktion werde deshalb in den Ausschussberatungen einen entsprechenden Änderungsantrag dazu einbringen. Nachgebessert werden müsse aus seiner Sicht auch in Bezug auf Härtefälle. „Die Stundungsregelung kann bei exorbitanten Summen nicht das Maß aller Dinge sein.“

„Bei jeder Stichtagsregelung haben wir einen Personenkreis, der sich benachteiligt fühlt. Das ist bei diesem Gesetz so. Das ist bei anderen Gesetzen ganz genauso“, erwiderte **Martina Tegtmeier** (SPD). Grundsätzlich komme es auf eine generationengerechte Verteilung der Lasten an. Und darauf, die Kommunen nicht mit den Folgen der Reform zu belasten. Sie verwies zudem auf all die Grundstückseigentümer im Land, „die mit ihren Beiträgen zum Wiederaufbau einer sehr maroden Infrastruktur beigetragen haben“ und jetzt nicht mehr in den Genuss des Gesetzes kämen. „Auch das muss mal gesagt werden.“ In Bezug auf die Stundungsregelung machte sie deutlich, dass es dabei nicht nur um die Streckung über mehrere Jahre, sondern auch um die Verzinsung gehe. „Wir schaffen in diesem Gesetz die Möglichkeit, durch die kommunalen Satzungen den Zinssatz bis auf zwei Prozent abzusenken“ – und damit deutlich von der Abgabenordnung abzuweichen.

Der Gesetzentwurf läute den letzten Abschnitt einer jahrelang diskutierten Problematik ein, so **Jeanine Rösler** (DIE LINKE). Er werde in den Ausschussberatungen aber nicht ohne Gegenwind bleiben. „Für mich ist es nicht alltäglich,

im Kommunalausschuss ein Vorhaben zu unterstützen, bei dem sich beide kommunalen Landesverbände deutlich dagegen ausgesprochen haben.“ Auch der Landesrechnungshof hebe warnend die Fahne der Finanzaufsicht. Auch sie bezeichnete die vorgeschlagene Stichtagsregelung als ungerecht. „So ungerecht wie jede Stichtagsregelung. Damit werden wir leben müssen.“ Problematisch bleibe für ihre Fraktion die Kostenprognose und damit die Frage, ob die ab 2020 geplante pauschale Mittelzuweisung an die Gemeinden im Hinblick auf Investitionsbedarf und Investitionsstau tatsächlich ausreichen werde.

Für **Dr. Matthias Manthei** (Freie Wähler/BMV) entspricht der Gesetzentwurf nicht den Interessen der Betroffenen. „Für die Bürger ist der jetzt genannte Stichtag irreführend.“ Denn: Alle vor dem 1. Januar 2018 begonnenen Maßnahmen dürften weiterhin abgerechnet werden. Mit der Folge, dass in einer Straße, die in verschiedenen Abschnitten saniert werde, „der eine noch bezahlen muss und sein Nachbar, der glücklicherweise ein Haus weiter wohnt, wo später begonnen wurde, nicht mehr.“ Das sei weder dem Rechtsfrieden förderlich, noch bundesweit die beste Lösung.

Wer alle laufenden Verfahren beitragsfrei stellen wolle, müsse auch sagen, woher das Geld dafür kommen soll, entgegnete **Sebastian Ehlers** (CDU). „Für Schwerin haben wir es mal ausgerechnet. Hier lägen wir bei den offenen Baustellen noch ungefähr bei drei Millionen Euro.“ Er sprach von einem guten Gesetzentwurf. „Was wir heute

hier vorliegen haben, ist ein Zeichen dafür, dass die direkte Demokratie in unserem Land funktioniert.“ Der Kritik des Landesrechnungshofs und der kommunalen Spitzenverbände stehe er „relativ relaxt“ gegenüber. „Gerade der Städte- und Gemeindetag sollte sich vielleicht mal anschauen, dass viele Bürgermeister, Oberbürgermeister, die dort mit im Vorstand sitzen, auch klare Voten ihrer kommunalen Vertretungen zum Thema Abschaffung der Straßenausbaubeiträge haben.“ Unter der Maßgabe, dass weder die Kommunen mit den Kosten allein gelassen, noch zusätzliche Landesgelder in die Hand genommen werden sollten, sei die Erhöhung der Grunderwerbssteuer ein tragfähiger Kompromiss. „Sieben andere Bundesländer haben jetzt schon bis zu sechseinhalb Prozent.“

Der Gesetzentwurf wurde in der ersten Lesung einstimmig zur weiteren Beratung in die Ausschüsse verwiesen. Dort fand bereits am 9. Mai eine öffentliche Anhörung von Experten und Interessenvertretern statt.

In der Debatte meldeten sich noch weitere Redner zu Wort. Die vollständigen Redebeiträge finden Sie zum Nachlesen auf der Website des Landtags (Parlamentsdokumente/Plenarprotokolle) oder zum Nachhören auf dem YouTube-Kanal: Landtag M-V Plenardebatten. Nach seiner ersten Lesung im Plenum wird der Gesetzentwurf nun in den Ausschüssen beraten.

*Gesetzentwurf CDU/SPD-Koalition  
Drucksache 7/3408*

### Pauschale für Straßenbau

Landkreise und Gemeinden sollen künftig eine Investitionspauschale erhalten, um besser in den Bau und Erhalt ihrer Straßen investieren zu können. Das Land komme damit einem Wunsch der kommunalen Spitzenverbände nach, eigenverantwortlicher als bisher über die vom Land ausgereichten Gelder verfügen zu können, erklärten die Koalitionsfraktionen. Bisher galt für die Mittelverteilung eine Richtlinie für Zuwendungen zum kommunalen

Straßenbau. Diese läuft zum Jahresende aus. Die AfD befürchtete, dass der kommunalen Ebene dadurch Gelder verloren gingen. Sie sprach sich deshalb für eine Verlängerung der Richtlinie aus, fand dafür aber keine Mehrheit. Den Kreisen und Kommunen werde durch die pauschale Mittelzuweisung kein Geld verloren gehen, betonte Infrastrukturminister **Christian Pegel**.

*Antrag AfD Drucksache 7/3392*

## Müll-Problem im Meer

Tausende Plastikteile verschmutzen Strände und Ostsee

■ **Zigarettenkippen. Flaschen. Deckel. Tüten. Becher. Dosen.** Diese Beispiele stehen nicht für einen Blick in die heimische Mülltonne, sondern beispielhaft für Abfall an und in der Ostsee. In den vergangenen sieben Jahren wurden nach Angaben des Landes an den Stränden in M-V 30.000 Müllteile gefunden. DIE LINKE forderte von der Landesregierung, mehr für den Schutz der Ostsee zu tun und dafür Mehrwegsysteme auszubauen, Verbraucher über Folgen und Vermeidung von Plastikmüll aufzuklären, in Industrie und Handel auf die Abschaffung unnötiger Verpackungen zu drängen und in der Landesverwaltung mit gutem Beispiel voranzugehen. Unter den Abgeordneten stieß das Thema auf breite Unterstützung. Am Ende der Debatte wurde der Oppositionsantrag mit großer Mehrheit zur weiteren Beratung in den **Umweltausschuss überwiesen.**

„Das Weltwirtschaftsforum warnt davor, dass es 2050 mehr Plastik in den Meeren geben wird als Fische. Das sollte uns wachrütteln“, begründete **Jacqueline Bernhardt** (DIE LINKE) den Antrag. Statistisch gesehen produziere jeder Deutsche 37 Kilogramm Plastikmüll im Jahr – ein europäischer Spitzenwert. Das von der EU kürzlich beschlossene Verbot für Wegwerfprodukte wie Plastikbesteck, Wattestäbchen oder Strohhalme sei gut. „Aber es ist nur ein winziger Teil des Problems.“ 80 Prozent des Strandmülls bestünden aus Zigarettenresten, Verschlüssen, Fast-Food-Verpackungen, Flaschen, Feuchttüchern oder Tüten. „Jetzt können wir alle die Arme hochreißen und fragen, was sollen wir denn noch machen? Da müssen Bund und EU ran.“ Das sehe ihre Fraktion anders: Auch das Land müsse hier mutiger werden. Die Landesregierung sitze zwar immer



Foto: Cornelius Kettler

Der von Ostseeforschern und Museumspädagogen als Unterrichtsmaterial entwickelte Eissturmvogel soll Schülerinnen und Schüler zum Umweltthema „Plastik im Meer“ sensibilisieren.

mal mit dem Einzelhandel an einem Tisch. Doch am Ende werde nur „geredet, gebeten, philosophiert, fabuliert – bis keiner mehr weiß, was alles locker und unverbindlich besprochen wurde“.

Umweltminister **Dr. Till Backhaus** begrüßte die Debatte. „Das ist ein sehr ernst zu nehmendes Thema.“ In M-V sammelten sich laut Spülsaum-Monitoring auf 100 Metern Strand etwa 64 Müllteile an. „Mit großen lokalen Unterschieden.“ So kämen auf Hiddensee nur 15 Teile zusammen, in Mukran dagegen 300. „Meeresschutz fängt aber im Binnenland an. Und da kann jeder Einzelne etwas tun.“ Er begrüßte, dass Städte wie Parchim, Rostock, Stralsund und Greifswald bei öffentlichen Veranstaltungen inzwischen auf Mehrweggeschirr setzen. Auch die Landesregierung sei bereits aktiv: mit Broschüren, Flyern, Schulprojekten, Landesaktionstagen, der Webseite meeresmuell.de. „Unterm Strich sind wir aber nur ein kleines Zahnrad im Gesamtgetriebe.“ Viele Maßnahmen setzten eine Zusammenarbeit von Bund und Ländern sowie auf internationaler Ebene voraus. Der Minister appellierte aber auch an jeden, das eigene Konsumverhalten auf den Prüfstand zu stellen – auch wenn Lebensmitteleinzelhandel und Verpackungsindustrie nach wie vor auf Einweg ausgerichtet seien. „Wenn es uns nicht gelingt, die Industrie auf freiwilliger Basis zu zwingen, diesen Müll zu reduzieren, muss es schärfere Gesetze geben.“

**Jürgen Stroschein** (AfD) warf den Linken vor, bei der Vermeidung von Plastikmüll das Rad neu erfinden zu wollen. Deutschland habe bereits ein bewährtes Mehrwegsystem. Auch der geforderte Maßnahmenkatalog stieß bei ihm auf Kritik. „Was soll dieser enthalten? Produktionsverbote? Materialvorgaben? Regelungen im Gesetz? Ordnungswidrigkeiten?“ DIE LINKE zeige einmal mehr, dass sie ein „Zivilisationsniveau der Steinzeit“ wolle. Für Plastik als Verpackung gebe es jedoch viele gute Gründe. In puncto Energieaufwand bei der Herstellung zeigten Vergleiche immer wieder, „dass die Papiertüte energetischer Wahnsinn ist“. Der „Sündenbock“, den DIE LINKE augenscheinlich suche, sei in der EU zu finden. Diese habe einmal mehr versäumt, „einheitlich zu regeln, was sinnvollerweise einheitlich geregelt werden soll“. Bei dem Plastikmüll an den Stränden handele es sich nämlich in aller Regel nicht um Produkte, die Deutschland in Verkehr gebracht habe. Hier sei die Bundesregierung gefragt, auf EU-Ebene ihre Hausaufgaben zu machen. „Die Landesregierung hat dringendere Probleme zu bearbeiten.“

„Das Thema ist aktueller denn je“, unterstrich **Christiane Berg** (CDU). Auch, weil M-V am 1. April für zwei Jahre den Vorsitz der Arbeitsgemeinschaft des Bundes und der Küstenländer zum Schutz der Nord- und Ostsee übernommen habe. Die CDU-Politikerin sieht jedoch ebenfalls zum überwiegenden Teil den Bund

und die EU in der Pflicht, zu handeln. Eine Verantwortung, der beide Ebenen auch nachkämen: So verbiete die EU ab 2021 Einwegprodukte wie Plastikbesteck, Geschirre, Strohhalme und Watte-  
stäbchen. „Ab 2030 sollen sämtliche Plastikflaschen zu mindestens 30 Prozent aus recyceltem Material bestehen.“ Die Bundesregierung habe zudem einen Fünf-Punkte-Plan für weniger Plastik und mehr Recycling auf den Weg gebracht. Produkte zu regulieren oder zu verbieten, obliege im EU-Binnenmarkt der Europäischen Union. Auf nationaler Ebene seien freiwillige Selbstverpflichtungen des Handels gefragt – so, wie etwa bei der kostenpflichtigen Herausgabe von Plastiktüten. „Wir sind auf einem Weg, haben aber noch Großes vor uns. Und da sind wir alle gefragt.“ Sie regte daher an, den Antrag der Opposition zur weiteren Beratung in den Umweltausschuss zu überweisen.

Ein Ansinnen, das die SPD-Fraktion unterstützte. „Weder die Koalitionsfraktionen noch die Landesregierung sind vollkommen“, so Elisabeth **Elisabeth Aßmann** (SPD). Die Beratungen im Ausschuss boten Gelegenheit, einzelne

Punkte „noch mal genauer zu beleuchten und auf einen guten gemeinsamen Weg zu bringen“. An die AfD-Fraktion adressiert stellte sie klar, dass niemand Plastik per se schlecht gemacht habe. Es gehe allein darum, den Anteil an Einwegverpackungen zu reduzieren. „Das ist das Ziel, was wir hier alle miteinander verfolgen sollten.“ Auch der Handel habe dazu bereits verschiedene Initiativen auf den Weg gebracht. Pappkisten und Gemusenetze etwa. Oder wie in Waren (Müritz) den Recup-Becher. Sie verwies zudem auf den Umweltpreis des Landtags, der in diesem Jahr den Fokus auf Lösungen für weniger Kunststoff im Alltag lege. Und auf die im Koalitionsvertrag verankerte Nachhaltigkeitsstrategie des Landes. „Ich bin mir sicher, dass so engagiert wie unser Umweltminister ist und so hartnäckig wie unsere Ministerpräsidentin ist, auch unser Wirtschaftsminister dieses Thema in Zukunft noch weiter intensiv verfolgen wird.“

Die Bereitschaft der Koalitionsfraktionen von SPD und CDU, den Antrag in den Ausschuss zu überweisen, sei großartig, sagte **Dr. Mignon Schwenke** (DIE

LINKE). Sorgsam mit Plastik umzugehen, verstehe sich angesichts der aufwändigen Herstellungsprozesse auch als wichtiger Punkt im Kampf gegen den Klimawandel. Dabei gehe es nicht nur um den Blick auf Einwegverpackungen. „Da, wo Kunststoffe nicht hingehören, da müssen sie raus.“ Als Beispiel nannte sie Kosmetikprodukte. Auch der Abrieb von Autoreifen müsse begrenzt werden. „Dafür brauchen wir langlebigere Autoreifen.“

Eine Geschwindigkeitsbeschränkung würde auch schon helfen. Die gehöre aber zu den „heiligen Kühen in Deutschland“. „Lassen Sie uns deshalb da anfangen, wo wir anfangen können – bei uns selbst.“ Ihre Fraktion, beispielsweise, habe sich in einem ersten Schritt auf den Weg gemacht, keine Kugelschreiber aus Plastik mehr zu bestellen sowie auf Plastikeinwegflaschen und Kaffeesahne in Plastikcapseln zu verzichten. Die eingereichten Beiträge zum Umweltpreis des Landtags zeigten: Initiativen wie diese fielen auch in der Bevölkerung auf fruchtbaren Boden.

Antrag DIE LINKE  
Drucksache 7/3399

## Debatte um Einsatz von Jugendoffizieren

Diskussion zur Präsenz der Bundeswehr in Schulen

■ Sollen Bundeswehrsoldaten an Schulen über ihre Arbeit berichten? Die Mehrheit der Abgeordneten im Landtag findet: ja. Angestoßen hatte die Debatte dazu die Fraktion Freie Wähler/BMV. Anlass war die SPD Berlin, die Ende März auf ihrem Landesparteitag ein Werbeverbot der Bundeswehr an Berliner Schulen beschlossen hatte. Per Dringlichkeitsantrag forderte die Oppositionsfraktion ein klares Bekenntnis zur Bundeswehr und dazu, Jugendoffiziere in M-V auch weiterhin zu Informationszwecken willkommen zu heißen. Obwohl in der Sache breite Einigkeit herrschte, fand der Antrag am Ende keine Mehrheit.

Der Beschluss der Berliner SPD richte sich eindeutig gegen die Bundeswehr. „Deswegen mussten wir natürlich einen Antrag stellen“, so **Bernhardt Wildt**, Fraktionsvorsitzender Freie Wähler/BMV. Das gebe jeder Fraktion hier im Parlament die Chance, klar Stellung zu beziehen. „Deutsche Regierungsparteien müssen sich zur Bundeswehr be-

kennen. Wenn sie anfangen, sich von der Parlamentsarmee zu distanzieren, distanzieren sie sich automatisch auch vom Parlamentarismus.“ Wer bei vom Bundestag beschlossenen Auslandseinsätzen sein Leben riskiere, habe einen Anspruch auf Rückendeckung aus Gesellschaft, Bevölkerung und Parlamenten. „Und da gibt es eben nicht nur den

Bundestag, sondern auch 16 Landtage.“ Wenn Jugendoffiziere Schulen besuchten, gehe es um Werbung für die Bundeswehr als Institution. „Selbstverständlich geht es nicht um Werbung für das Töten.“

„Was zum Teufel hat die Berliner SPD geritten, so einen Unfug zu beschließen?“, fragte Innenminister **Lorenz Caffier**. „Die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern lehnt diese Haltung strikt ab. Wir stehen zu unserer Bundeswehr. Wir stehen zu unserer Parlamentsarmee. Wir stehen zu den Frauen und Männern in Uniform.“ Erst kürzlich habe das Land dieser Position mit einem öffentlichen Rückkehrer-Appell in Schwerin Ausdruck verliehen. „Solche Appelle finden sonst nur in den jeweiligen Kasernen statt.“ Wer täglich für unsere Sicherheit, Freiheit und Interessen den Kopf hinhalte, verdiene Respekt, Dankbarkeit und Anerkennung – und keinen Schlag ins Gesicht. „Helmut Schmidt und Peter Struck würden sich im Grab umdrehen.“ [Anmerkung Redaktion:

Helmut Schmidt: Bundeskanzler 1974-1982, zuvor Verteidigungsminister; Peter Struck: Verteidigungsminister 2002-2005] Deutschland könne stolz auf seine Parlamentsarmee sein. „Sie ist Teil der demokratischen Ordnung und eng in die Zivilgesellschaft eingebunden.“ Deshalb sei es auch nur folgerichtig, wenn Jugendoffiziere auf Anfrage von Schulen über Auftrag und Aufgabe der Bundeswehr informierten. So lernten die Schüler auch, „dass Soldaten Menschen wie wir alle sind“.

„Meine Fraktion steht fest an der Seite unserer Soldaten“, betonte AfD-Fraktionschef **Nikolaus Kramer**. „Die Bundeswehr ist die zentrale Institution für den Schutz der Heimat.“ Ihr Respekt und Anerkennung zu zollen, „sollte für jeden patriotisch denkenden Abgeordneten eine Ehrensache sein“. Wer über die Bedeutung der Bundeswehr rede, komme an der Sicherheitspolitik der Bundesregierung nicht vorbei. Diese versäume es seit Jahren, die Truppe angemessen zu finanzieren. „Stattdessen erleben wir die Bundeswehr in einer politisch verschuldeten Krise, deren Modernisierungsdefizit uns aufgrund fehlender Investitionen noch auf Jahre begleiten wird.“ Die Erfolgsbilanz des Afghanistaneinsatzes sei ebenfalls ernüchternd. „Wer den Respekt vor unseren Soldaten erhöhen will, muss die Bundeswehr bei uns zu Hause erlebbar machen“ – zum Beispiel durch öffentlich stattfindende Vereidigungen oder die Wiedereinführung der Wehrpflicht.

Als wichtige staatliche Institution müsse eine Parlamentsarmee auf Einladung an Schulen über ihre Arbeit informieren dürfen, distanzierte sich **Andreas Butzki** (SPD) von der Haltung seiner Berliner Parteikollegen. „Jugendoffiziere machen eine sehr gute Arbeit.“ Dazu gehörten Vorträge, Politiksimulationen, Podiumsdiskussionen und Seminarfahrten. Über allem stehe dabei der Beutelsbacher Konsens. Dieser verpflichte die Jugendoffiziere, Themen kontrovers darzustellen, Schülern keine Meinung aufzuzwingen und die Jugendlichen in die Lage zu versetzen, eigene Positionen zu analysieren. „Mir ist kein Fall bei uns im Land bekannt, wo Jugendoffiziere gegen den Beutelsbacher Konsens verstoßen haben.“ Dem Antrag der Freien



Foto: Jens Büttner

*Ist es Werbung oder Information, wenn Soldaten in Schulen über die Bundeswehr sprechen?*

Wähler/BMV werde seine Fraktion nicht zustimmen: An Schulen „Werbung“ für die Bundeswehr zu machen, stehe nicht im Einklang mit diesem Konsens.

**Peter Ritter** (DIE LINKE) hob hervor, dass auch für seine Fraktion die Bundeswehr zu einem demokratischen Staat gehöre. Aber nicht für militärische Einsätze im Ausland, sondern als Armee zur Landesverteidigung. Wer Bundeswehrangehörige in Kampfeinsätze schicke, sollte sich schämen, wie schlecht er die Soldaten dafür ausrüste. Auch wenn die Bundeswehr selbst ihre Besuche an Schulen als Informationsveranstaltungen bezeichne, gehe damit immer auch Werbung einher. „Wer meint, dass Information ohne Werbung auskommt, der meint auch, dass die deutschen Interessen am Hindukusch verteidigt werden. Und da unterscheiden wir uns als Fraktion in der Tat von der Mehrheit in diesem hohen Haus.“ Er frage sich, ob die Jugendoffiziere in ihren Veranstaltungen auch über rechtsextremistische Netzwerke in der Bundeswehr sprächen. „Ich glaube nicht.“

**Maika Friemann-Jennert** (CDU) begrüßte, dass der Landtag über die Rolle der Bundeswehr an Schulen diskutiere. „Das ist eine gute Gelegenheit, sich klar zur Bundeswehr zu positionieren.“ Den Beschluss der Berliner SPD wies sie aufs Schärfste zurück. Wer die Arbeit der Jugendoffiziere in die Nähe militärischer Propaganda rücke, verstehe die

Rolle der Bundeswehr nicht. Sie halte es auch im Hinblick auf die globalen Verpflichtungen Deutschlands für richtig, dass Jugendoffiziere als Bestandteil der politischen Bildung an Schulen über Grundsätze, Aufgaben und Strukturen der Streitkräfte“ informierten. „Sie vermitteln damit ein Grundverständnis über außen- und sicherheitspolitische Fragestellungen.“ Die Vertreter der Bundeswehr seien deshalb auch weiterhin an Schulen willkommen. Der Antrag der Freien Wähler/BMV könne ihre Fraktion aber nicht mittragen. Statt Information stehe hier „Werbung“ im Fokus. „Das ist ein großer Unterschied.“

**Dr. Matthias Manthei** (Freie Wähler/BMV) bot an, im Antrag das Wort „Werbung“ durch „Information“ zu ersetzen. „Wenn das der Zustimmung dient.“ Er verpflichtete Peter Ritter aber bei, dass letztlich jede Information auch Werbung enthalte. „Wenn ich positive Dinge von der Bundeswehr erzähle, dann werbe ich damit natürlich auch“ – aber natürlich nicht im Sinne, wie es ein Unternehmen mache.

Am Abstimmungsverhalten änderte die mündlich vorgeschlagene Formulierungsänderung nichts: SPD, CDU und DIE LINKE lehnten sie ebenso ab wie den Antrag selbst.

*Dringlichkeitsantrag Freie Wähler/BMV Drucksache 7/3427*



# Mehr Kompromisse angemahnt

665 neue Eingaben:  
Petitionsausschuss stellt Jahresbericht für 2018 vor

■ Lange Verfahren vor Sozialgerichten, Personalnot in der JVA Bützow, Kinderlärm, Windkraftanlagen, Kosten für künstliche Befruchtung – das sind nur einige der Themen, die den Petitionsausschuss des Landtages im vergangenen Jahr beschäftigt haben. Insgesamt erreichten ihn 665 Bitten und Beschwerden. Als Einzelzuschriften, über Massen- oder Sammelpetitionen. Dahinter verborgen sich mehr als 11.300 Menschen, die von ihrem verfassungsrechtlich verankerten Petitionsrecht Gebrauch gemacht haben. Im Bemühen, die Sachverhalte zu klären, stoße der Ausschuss jedoch viel zu oft auf fehlende Kompromissbereitschaft von Ämtern und Behörden, kritisierte dessen Vorsitzender als er seinen Jahresbericht für 2018 dem Landtag vorstellte.

Das, was der Petitionsausschuss bei seiner Arbeit erlebe, sei oft nicht befriedigend, betonte dessen Vorsitzender **Manfred Dachner**. Vielen Behörden merke man in den Anhörungen von der ersten Sekunde an, dass überhaupt keine Kompromissbereitschaft da sei. Er könne verstehen, dass man einmal getroffene Entscheidungen nur ungern zurücknehmen möchte. Hier müsse sich der Staat mehr als „Diener der Bürger“ verstehen. „Aber vom Dienen sind wir weit entfernt.“ Lediglich 35 Petitionen hätten vollständig im Interesse der Petenten geklärt werden können. „Viele andere Kompromisse wurden nur erstritten. Und andere Petitionen hätten es verdient, sie zumindest einer Kompromisslösung zuzuführen. Demokratie lebt von Kompromissen!“

Das mit 364 Petitionen dominierende Thema sei auch im vergangenen Jahr die Energiewende gewesen, erklärte **Jens-Holger Schneider** (AfD). Besonders auffällig bei den Petitionen dazu sei die Ablehnung der Windenergieanlagen. Er appellierte an die Fraktionen, die angesprochenen Probleme ernst zu nehmen und Bürgerwohl über politische Interessen zu stellen. „Nur so können wir die Bevölkerung davon abbringen, sich Antidemokraten, Selbstverwaltern oder Extremisten zuzuwenden.“ Jede Petition, die nach langer Zeit - manchmal seien es bis zu zwei Jahre - ohne Ergebnis an die Petenten zurückgehe, sorge für Unmut und Vertrauensverlust.

Er regte an, „dass sich auch die Regierenden häufiger in Petitionen einlesen und dabei erleben, was ihr Handeln manchmal konkret verursacht“.

Die Anzahl der Menschen, die sich mit einer Petition an den Ausschuss gewandt haben, zeige, „dass die Demokratie in unserem Land gut funktioniert“, resümierte **Dirk Stamer** (SPD). Wer in Kontakt mit Behörden trete, könne zu recht erwarten, dass die Anliegen im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten ernst genommen würden. „Das ist leider nicht immer gegeben und führt zu Behördenverdrossenheit.“ Mitverantwortlich dafür machte er auch die Sprache von Behörden, die oft komplizierte Formulierungen enthalte. „Die fehlende Adressatenorientierung wirkt häufig empathielos und erzeugt zurecht beim Adressaten Unmut.“ Er warb darum, Schriftstücke und Formulare regelmäßig auf gute Lesbarkeit hin zu prüfen – „und zwar nicht durch die Brille des Juristen, sondern durch die Brille des potentiellen Adressaten“.

**Karen Larisch** (DIE LINKE) lobte „die sehr gute Zusammenarbeit“ im Ausschuss. „Auch wenn wir nicht immer einer Meinung sind, so ist die Ausschussarbeit doch von einer Gemeinsamkeit geprägt, und wir versuchen, eine Lösung für die Petentinnen und Petenten zu finden.“ Gleichwohl wünschte sie sich mehr persönlichen Kontakt zu den Petenten, mehr öffentliche Sitzungen



Vorsitzender des Petitionsausschusses

Manfred Dachner

Foto: Cornelius Kettler

und mehr Überweisungen an die Regierung und Fraktionen. „Als Opposition ist das manchmal ja ein wenig schwerer.“ Sie unterstrich, dass es in der Ausschussarbeit auch Fälle gebe, die alle Mitglieder sehr mitnähmen – zum Beispiel, wenn ein Jugendamt „zu spät, falsch und nicht zugunsten des Kindes“ entscheide.

**Christiane Berg** (CDU) legte ihren Fokus auf die Beschwerden zur Ausweisung von Windeignungsgebieten. „Meistens werden nicht die Zielabweichungsverfahren kritisiert, sondern die Art und Weise, wie die Verfahren zur Ausweisung solcher Gebiete von sich gehen.“ Sie warnte davor, die vorgebrachten Argumente mit dem Hinweis auf Paragraph 35, Absatz 5 im Baugesetzbuch, der sogenannten Privilegierung im Außenbereich, wegzuwischen. Das fördere nicht die Akzeptanz der Energiewende. Im Gegenteil: Manchen Betroffenen bringe das letztlich gegen Politik und Politiker auf. „Dagegen müssen wir arbeiten.“ Auch wenn letztlich nicht jede Petition im Sinne der Petenten gelöst werden könne, mache es sich der Ausschuss nicht leicht mit den Ergebnissen. Umso mehr hoffe sie, dass alle Abgeordneten einen Blick in den Bericht werfen.

*Tätigkeitsbericht 2018*

*Petitionsausschuss Drucksache 7/3382*

Kontakt:

Petitionsausschuss/Landtag M-V

Lennéstraße 1

19053 Schwerin

Tel.: 0385 / 525-1510

[www.petition.landtag-mv.de](http://www.petition.landtag-mv.de)

## Weitere Beschlüsse

### BBL wird umstrukturiert

Die Landesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, den Mittelabfluss für Landesbaumaßnahmen zu verbessern. Aus diesem Grund soll der landeseigene „Betrieb Bau und Liegenschaften Mecklenburg-Vorpommern“ (BBL M-V) zum 1. Januar 2020 umstrukturiert werden. So sollen aus den Außenstellen in Schwerin, Neubrandenburg, Greifswald und Rostock vier eigenständige Bau- und Liegenschaftsämter werden, die dann unmittelbar dem Finanzministerium unterstellt sind. Der im April noch amtierende Finanzminister Mathias Brodkorb beschrieb vor dem Parlament den Umbau der Staatshochbau- und Liegenschaftsverwaltung: Er soll Landesbaumaßnahmen beschleunigen, die regionale Präsenz stärken, die Kostensicherheit beim Bauen erhöhen sowie Doppelstrukturen und Bürokratie abbauen. „Viele Stellen, die bislang mit Verwaltungsaufgaben gebunden waren, können künftig auf der baudurchführenden Ebene eingesetzt werden“, sagte Brodkorb, als er die Pläne dem Landtag vorstellte.

#### Hintergrund

Der „Betrieb Bau und Liegenschaften Mecklenburg-Vorpommern“ (BBL M-V) wurde 2002 gegründet. Eine wesentliche Aufgabe der oberen Landesbehörde ist es, Hochbauprojekte des Landes zu planen und durchzuführen. Dazu gehören zum Beispiel Objekte für die Hochschulen und Unikliniken, das Justizzentrum in Greifswald, der Neubau von Polizeigebäuden, Restaurierung von Schlössern oder der Bau eines Behördenzentrums in Rostock. Darüber hinaus verwaltet und bewirtschaftet der BBL landeseigene und angemietete Liegenschaften wie Ministerien, Polizeireviere oder andere Behördensitze. Neben diesem Kerngeschäft kümmert sich der Betrieb auch darum, Fiskalerbschaften abzuwickeln, Altlasten zu managen und Prüfungen beim Zuwendungs- und Krankenhausbau vorzunehmen.

Nicht abgeflossene Mittel bescherten dem Landeshaushalt vermeintlich hohe Jahresüberschüsse, die nachfolgende Haushalte jedoch belasten. Der Gesetzentwurf wird nun im Ausschuss beraten.  
*Gesetzentwurf Landesregierung  
Drucksache 7/3394*

### Wahlrecht für betreute Menschen

Zu den Kommunalwahlen im Mai wird sich der Kreis der Wahlberechtigten erweitern. Denn: Das Wahlrecht gilt nun auch für Menschen, die auf eine gerichtlich bestellte Vollbetreuung angewiesen sind. Wählen zu gehen ist ein Grundelement politischer Teilhabe. Menschen unter Vollbetreuung waren davon bislang pauschal ausgeschlossen. Ebenso Straftäter, die in der Psychiatrie untergebracht sind. Ein Verstoß gegen das Grundgesetz, urteilte das Bundesverfassungsgericht im Januar. Infolgedessen muss auch M-V sein Landes- und Kommunalwahlgesetz ändern. Der Gesetzentwurf dazu wurde mit großer Mehrheit angenommen. Die Fraktion Freie Wähler/BMV enthielt sich. Sie hatte sich für Einzelfallprüfungen ausgesprochen. In M-V betreffen die Änderungen rund 1.600 Menschen. Die Gesetzesnovelle stellt aber auch klar: Ausgeschlossen vom Wahlrecht bleibt, wem dies durch einen Richterspruch aberkannt wurde.  
*Gesetzentwurf CDU/SPD-Koalition  
Drucksache 7/3235  
Beschlussempfehlung Innenausschuss  
Drucksache 7/3424  
Änderungsantrag Freie Wähler/BMV  
Drucksache 7/3437  
Änderungsantrag DIE LINKE  
Drucksache 7/3448*

### Automatisierte Sachbearbeitung

Der Landtag hat den Rechtsrahmen für die elektronische Verwaltung neu abgesteckt. Im Mittelpunkt steht der automatisierte Erlass von Verwaltungsakten wie Steuererklärungen oder Steuerbescheiden. Damit können Verwaltungsverfahren ohne personelle Bearbeitungsschritte durchgeführt und über elektronische Behördenportale dem Adressaten zugänglich gemacht werden. Anlass für die gesetzlichen Anpassungen sind Gesetzesänderungen auf

Bundesebene. Automatisiert werden dürfen aber nur solche Verfahren, in denen es keine Ermessens- oder Beurteilungsspielräume gibt. Die Regelungen stellen außerdem klar, dass für den Einzelfall bedeutsame Angaben nicht unberücksichtigt bleiben dürfen und das Verfahren dann gegebenenfalls aus der automatisierten Bearbeitung herausgelöst werden muss. Darüber hinaus sollen Behörden, die öffentlich-rechtliche Geldforderungen vollstrecken, mehr Ermittlungsbefugnisse erhalten und Daten, die im Besteuerungsverfahren gewonnen wurden, vollumfänglich nutzen können. Der Landtag stimmte dem Gesetzentwurf einstimmig zu.  
*Gesetzentwurf Landesregierung  
Drucksache 7/3013  
Beschlussempfehlung Innenausschuss  
Drucksache 7/3425*

### Antisemitismusbeauftragter

Der Landtag hat sich mit breiter Mehrheit dafür ausgesprochen, einen Landesbeauftragten/eine Landesbeauftragte für jüdisches Leben in M-V und gegen Antisemitismus zu berufen. Die vier Fraktionen von SPD, CDU, DIE LINKE und Freie Wähler/BMV hatten dazu einen gemeinsamen Antrag in die Aprilsitzung eingebracht. Aufgabe der oder des Beauftragten soll sein, über Antisemitismus aufzuklären, antisemitische Handlungen und Äußerungen jeglicher Form zu bekämpfen und M-V in der Bund-Länder-Zusammenarbeit bei diesem Thema zu vertreten. Der Bund sowie neun Bundesländer haben bereits entsprechende Stellen eingerichtet. Die AfD und ein Abgeordneter der Fraktion Freie Wähler/BMV stimmten gegen den Antrag.  
*Antrag CDU, SPD, DIE LINKE, Freie Wähler/BMV Drucksache 7/3395*

#### Statistik

Die Zahl der antisemitischen Straftaten sind von 46 Delikten im Jahr 2017 auf 56 Delikte im Jahr 2018 angestiegen. Das geht aus dem im April von Innenminister Lorenz Caffer vorgestellten Bericht zur politisch motivierten Kriminalität 2018 hervor. Von den 56 Straftaten haben 54 einen rechtsextremen Hintergrund.

## Laufende Gesetzgebung

Stand: 16.04.2019

Drs.-Nr.	Initiator	Gesetz	Federführender Ausschuss	Beratungsverlauf
7/1571	LReg.	Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern	–	1. Lesung 28.01.2018 2. Lesung 25.04.2018 in Beratung
7/2248	BMV	Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes für das Land Mecklenburg-Vorpommern (Kommunalabgabengesetz - 2. KAGÄndG M-V)	Innen- und Europa- ausschuss	1. Lesung: 27.06.2018 in Beratung
7/2573	SPD, CDU	Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Landesverfassungsgerichtsgesetzes	Rechtsausschuss	1. Lesung: 12.09.2018 in Beratung
7/2574	SPD, CDU	Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Volksabstimmungsgesetzes	Rechtsausschuss	1. Lesung: 12.09.2018 in Beratung
7/2575	SPD, CDU	Entwurf eines xx-ten Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern	Rechtsausschuss	1. Lesung: 12.09.2018 in Beratung
7/3012	LReg.	Entwurf eines Sechsten Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes	Bildungsausschuss	1. Lesung: 23.01.2019 in Beratung
7/3222	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Transparenz und zu Erleichterungen bei der kommunalen Haushaltswirtschaft nach der doppischen Buchführung (Doppik-Erleichterungsgesetz)	Innen- und Europa- ausschuss	1. Lesung: 13.03.2019 in Beratung
7/3240	DIE LINKE	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gerichtsstrukturgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften	–	1. Lesung: 13.03.2019 Ablehnung der Überweisung
7/3393	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zur Einführung der Elternbeitragsfreiheit, zur Stärkung der Elternrechte und zur Novellierung des Kindertagesförderungsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern (Kindertagesförderungsgesetz - KiföG M-V)	Sozialausschuss	1. Lesung: 10.04.2019 in Beratung
7/3394	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung der Staatshochbau- und Liegenschaftsverwaltung des Landes Mecklenburg-Vorpommern	Finanzausschuss	1. Lesung: 10.04.2019 in Beratung
7/3396	DIE LINKE	Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Sonn- und Feiertage (Feiertagsgesetz Mecklenburg-Vorpommern - FTG M-V)	–	1. Lesung: 10.04.2019 Ablehnung der Überweisung
7/3408	CDU, SPD	Entwurf eines Gesetzes zur Abschaffung der Straßenbaubeiträge	Innen- und Europa- ausschuss	1. Lesung: 10.04.2019 in Beratung

## Abgeschlossen

im Plenum am 10. April 2019 entschieden

Stand: 16.04.2019

Drs.-Nr.	Gesetz	Initiator	Abstimmung im Plenum	Beschluss
7/3235	Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Landes- und Kommunalwahlgesetzes Mecklenburg-Vorpommern	CDU, SPD	1. Lesung 13.03.2019 2. Lesung 10.04.2019	Annahme
7/3013	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesverwaltungsverfahrensgesetzes, des Landesverwaltungskostengesetzes und der Vollstreckungszuständigkeits- und -kostenlandesverordnung	LReg.	1. Lesung 23.01.2019 2. Lesung 10.04.2019	Annahme

Foto: Uwe Sinnecker

## Übungseinsatz im Trainings- Center

Innen- und Europaausschuss  
besucht Fachhochschule der  
Polizei

■ Die Mitglieder des Innen- und Europaausschusses haben sich Anfang April in einer auswärtigen Sitzung in Güstrow über die Ausbildungssituation an der dortigen Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Polizei und Rechtspflege informiert. Dr. Marion Rauchert, Direktorin der Fachhochschule, und ihr Team berichteten gemeinsam mit dem Minister für Inneres und Europa, Lorenz Caffier, über die Entwicklung der Fachhochschule in den vergangenen Jahren.

Insbesondere die Personalstellen und Studienbewerberzahlen sowie die Herausforderungen, vor denen das Institut



Foto: Landtag M-V

Einsatz-Trainings-Center der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Polizei und Rechtspflege Güstrow

in den kommenden Jahren steht, waren Thema der Beratungen. Die Abgeordneten konnten sich sowohl in einer Gesprächsrunde mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Fachhochschule als auch bei einer anschließenden Besichtigung der Liegenschaft umfassend über die Bedingungen, Möglichkeiten und Probleme austauschen. Das moderne Einsatz-Trainings-Center der Fachhochschule lernten die Ausschuss-Mitglieder dann ganz praktisch durch die Teilnahme an einer Einsatzübung der Absolventen des Fachbereichs Polizei

kennen. Zudem sahen sie sich die neue Raumschießanlage an. Die Anlage zählt zu den modernsten in ganz Deutschland und ermöglicht in einem Simulationsraum ein 180°-Schießtraining. In Kombination mit der klassischen 25 Meter Schießbahn könne so ein optimales Schießtraining erfolgen, erfuhren die Abgeordneten. Ausschussvorsitzender Marc Reinhardt erklärte im Anschluss, man wisse, dass die Schule vor großen Herausforderungen stehe und nunmehr im Landtag die Möglichkeiten der Unterstützung geprüft werden müssen.

## Schutz vor Einfluss der Wirtschaft

Ausschuss diskutiert  
über Gesundheitsberufe –  
Branchenkonferenz  
zu Ökonomisierung im Juni

■ „Gesetzgebungsverfahren im Bereich der Gesundheitsberufe“ war das Thema eines Expertengesprächs, zu dem der Wirtschaftsausschuss in seiner 55. Sitzung am 28. März geladen hatte. Sachverständige vom Landesverband der Freien Berufe M-V (LfB), Ärztekammer M-V und Zahnärztekammer M-V äußerten ihre Bedenken gegenüber der aktuellen Entwicklung im Gesundheitswesen, wonach Gesundheitsberufe zunehmend von berufs-fremden Kapitalgebern entdeckt würden.

Für LfB-Präsident Jörg Hähnlein stellten sich die Fragen, welche rechtlichen Strukturen geschaffen werden müssten, um den Fremdkapitaleinfluss zu reduzieren, und wie gewährleistet werden könne, dass Patienten bestmögliche ärztliche Leistung erhielten.

Der Präsident der Ärztekammer M-V, Prof. Andreas Crusius, verwies auf die Berufszufriedenheitsstudie für Ärzte und informierte darüber, dass im Jahr 2020 rund 12,6 Prozent der Ärzte im stationären Bereich über 68 Jahre seien. Rund 43 Prozent der Hausärzte würden im kommenden Jahr das Rentenalter erreichen. Zwar sei einerseits eine sinkende Patientenzahl beim Allgemeinarzt (-1,6 Prozent) prognostiziert worden, andererseits aber steige die Zahl an Arztkontakten. Vor allem in den Bereichen der Inneren Medizin und der Kinder- und Jugendmedizin seien immer mehr ältere Ärzte tätig. Crusius regte an, dem Drang der Kapitalgeber, sich auf dem Gesundheitsmarkt zu etablieren, entgegenzusteuern und insoweit möglich über eine Rekommunalisierung der Krankenhäuser nachzudenken. Eine Berufszufriedenheitsstudie konnte sich Prof.

Dietmar Oesterreich, Präsident der Zahnärztekammer M-V, auch für Zahnärzte vorstellen. Sie könnte sowohl für die Selbstverwaltung als auch für die Politik eine valide Grundlage darstellen, um Handlungsbedarfe zu erkennen und die erforderlichen Entscheidungen zu treffen. Oesterreich betonte zudem, dass durch wirtschaftliche Einflussfaktoren die Unabhängigkeit der Freiberufler Gefahr laufe, von fremden Interessen bestimmt zu werden. Im Übrigen verwies er darauf, dass in den kommenden fünf Jahren rund 40 Prozent der Zahnärzte aufgrund des Erreichens des Rentenalters ausschieden. Dadurch würden unter anderem die Notdienstbereiche für die Notfallzahnärzte größer und die Wege der Patienten zum Notfallzahnarzt weiter.

Ausschuss-Vorsitzender Dietmar Eifler führte abschließend aus, dass sich der Ausschuss auch weiterhin mit diesem wichtigen Thema befassen werde. Zudem sei die „Ökonomisierung der Gesundheit“ ebenfalls Gegenstand der diesjährigen Branchenkonferenz Gesundheitswirtschaft, die vom 11.–13. Juni in Warnemünde stattfindet.



Parlamentarische Schwarzmeerkooperation in Istanbul

Foto: Landtag M-V

## Delegation berät über Schutz der Meere und Unterwasserwelt

Vizepräsidentin Beate Schlupp spricht sich für weitere Gespräche zwischen Schwarzmeerregion und Ostseeanrainern aus

■ Die 1. Vizepräsidentin des Landtages, Beate Schlupp, hat die Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC) und das Land M-V beim Treffen mit der Parlamentarischen Versammlung der Schwarzmeerkooperation (PABSEC) in Istanbul vertreten. Als Mitglied einer insgesamt zehnköpfigen Delegation des Ständigen Ausschusses der Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC) nahm sie vom 1. – 2. April beim Treffen in der türkischen Metropole, dem Hauptsitz der PABSEC, teil.

Thema der Beratungen unter anderem mit Sachverständigen der Helsinki-Kommission HECLOM und der „Kommission des ständigen Sekretariates zum Schutz des Schwarzen Meeres gegen Ver-

schmutzung“, war die „Bewahrung der Ozeane und des marinen Lebens“. Die Teilnehmenden diskutierten dabei auch über Möglichkeiten von Kooperationen. Beate Schlupp sagte im Anschluss an das zweitägige Treffen, dass beide Meeresgebiete, das Schwarze Meer und die Ostsee, jeweils durch ihre engen, wenig durchlässigen Verbindungen mit den großen Ozeanen besonders sensibel auf ökologische Herausforderungen reagierten. „Plastikmüll, Ölverschmutzungen und der zunehmende Seeverkehr führen zu Bedrohungen, bei deren Bewältigung wir zusammenarbeiten und voneinander lernen sollten“, so die Vizepräsidentin. Auf der anderen Seite ähnelten sich die Chancen beider Regionen für den Tourismus. Hier sei M-V

mit dem Ostseetourismuszentrum in Rostock gut aufgestellt. Beate Schlupp verwies in diesem Zusammenhang auf die „deutlich aufgeheizte“ politische und militärische Situation im Schwarzmeerbereich. „In der PABSEC sitzen die Ukraine und Russland mit an einem Tisch. Wir sind gut beraten, die Kontakte aufrecht zu erhalten und miteinander im Gespräch zu bleiben. Stabilität und Sicherheit sind eine Errungenschaft, die wir nicht leichtfertig aufs Spiel setzen sollten.“

In der PABSEC sind Parlamente von zwölf Schwarzmeer-Anrainerstaaten vertreten: Albanien, Armenien, Aserbaidschan, Bulgarien, Georgien, Griechenland, Moldawien, Rumänien, Russland, Serbien, Türkei und die Ukraine.



Der Finanzausschuss beim Botschafter Alfred Grannas in Oslo/Norwegen

Foto: Landtag M-V

## Ausschuss informiert sich über Werften und Gesundheit

Informationsreise des Finanzausschusses nach Norwegen – Deutscher Botschafter empfängt Delegation des Schweriner Landtages

Die Mitglieder des Finanzausschusses haben sich vom 18. bis 22. März bei einem Informationsbesuch in Norwegen unter anderem mit Vertretern der Deutsch-Norwegischen Handelskammer, des Ministeriums für Gesundheit und Pflege, von Color Line und Innovation Norway ausgetauscht. Die Situation der Werften, Digitalisierung und die Organisation der Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum standen im Mittelpunkt der Ausschussreise.

Zudem haben sich die Abgeordneten über den Pensionsfonds in Norwegen und die Nutzung erneuerbarer Energien informiert. Bei einem Treffen mit dem deutschen Botschafter in Norwegen, Alfred Grannas, standen die aktuelle politische Situation sowie der Tourismus im Mittelpunkt. Der Botschafter betonte, dass die deutsch-norwegischen Beziehungen sehr partnerschaftlich und absolut problemfrei seien. Deutschland

sei ein sehr wichtiger Partner für Norwegen, was sich letztlich auch in der seit 1999 bestehenden Deutschland-Strategie widerspiegeln. Ein Ziel dieser Strategie sei unter anderem, dass noch mehr Menschen in Norwegen Interesse bekommen, die deutsche Sprache und Kultur kennenzulernen. Auch seien Deutschland und Norwegen gute Handelspartner, beispielsweise kommen 30 Prozent des in Deutschland verbrauchten Gases aus Norwegen, was etwa ein Drittel der Gasausfuhr aus Norwegen ausmache. Der Botschafter machte zudem darauf aufmerksam, dass in Norwegen anders als in Deutschland erst seit Januar 2019 wieder eine Mehrheitsregierung bestehe und zuvor über viele Jahre hinweg eine Minderheitsregierung die Geschicke des Landes geleitet habe. Auch sei die Wahlbeteiligung mit stabilen 60 bis 70 Prozent in Norwegen sehr hoch.

## Die EU nach der Wahl

Fachkommission für Wirtschaft des Ausschusses der Regionen tagte

Die Europäische Union nach der Wahl zum Europäischen Parlament am 26. Mai war ein übergreifendes Thema der 23. Sitzung der Fachkommission für Wirtschaft (ECON) des Europäischen Ausschusses der Regionen (AdR), an der Tilo Gundlack als Vertreter des Landtages M-V teilgenommen hat. Weitere Schwerpunkte der Sitzung vom 6. Mai in Druskininkai/Litauen waren mehrere Stellungnahmen des AdR zu den UN-Nachhaltigkeitszielen (SDGs) als Grundlage einer langfristigen EU-Strategie für ein nachhaltiges Europa bis 2030, zur Beschlussfassung in der EU-Steuerpolitik sowie zu einem standortbezogenen Ansatz für eine industriepolitische Strategie.

Im Anschluss an die Beratungen ging es für Tilo Gundlack weiter zur ECON-Konferenz: Am 7. Mai berieten die Teilnehmenden, ebenfalls in Druskininkai, zum Thema „UN-Nachhaltigkeitsziele auf lokaler Ebene: Beitrag der Städte und Regionen zu einem nachhaltigen Wirtschaftswachstum“. Dabei wurden die Zuständigkeiten der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften vor dem Hintergrund diskutiert, dass zwei Drittel der 169 Unterziele der UN-Nachhaltigkeitsziele ohne das Engagement und die koordinative Einbeziehung der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften nicht zu erreichen seien. Darüber hinaus wurden Ansätze Litauens und Lettlands beleuchtet, wie Städte und Regionen zu nachhaltigem Wirtschaftswachstum beitragen können.

### Aufgaben des AdR

Der Europäische Ausschuss der Regionen (AdR) ist eine beratende Einrichtung der Europäischen Union (EU), die sich aus lokal und regional gewählten Vertreterinnen und Vertretern aller Mitgliedsländer zusammensetzt. Diese können über den AdR Stellungnahmen zu EU-Rechtsvorschriften abgeben, die sich direkt auf ihre Regionen und Städte auswirken.

Fotos: Landtag M-V



Das historische Schlossfest entführt auch in diesem Jahr wieder Besucherinnen und Besucher ins 19. Jahrhundert. Am Samstag, den 15. Juni 2019, beginnt das Fest mit einem Umzug des Hofstaates vom Schweriner Hauptbahnhof durch die Altstadt bis zum Schweriner Schloss. Im und um das Schloss herum erwartet die Gäste eine Zeitreise. Beginn ist um 10 Uhr.



Wie kann M-V jugendgerechter und attraktiver werden? Auch in diesem Jahr werden rund 35 Jugendliche darüber bei „Jugend fragt nach“ diskutieren, gemeinsam Forderungen formulieren und mit Landtagsabgeordneten in den Dialog treten. Das Projekt findet vom 3. bis 5. Juni im Schweriner Schloss unter dem Motto: „Das Chaos kommt zurück“ statt. Als Schwerpunkte sind die Themen „Schule der Zukunft“, „M-V in Europa“ und „Nachhaltig in M-V“ geplant.



Claudia Richter, seit 2001 Leiterin des Referats Öffentlichkeitsarbeit, Parlamentarische Bildung, Besucherdienst, Veranstaltungen des Landtages M-V und Chefredakteurin der LandtagsNachrichten ist seit dem 1. Mai 2019 im Ruhestand. In ihrer Zeit beim Landtag hat Claudia Richter Maßstäbe für das heutige Erscheinungsbild des Landtages in der Öffentlichkeit gesetzt und die parlamentarische Bildung aufgebaut. Besonders die Zusammenarbeit mit jungen Menschen bei Projekten wie „Jugend im Landtag“ oder bei der Zeitzeugenarbeit mit Opfern des Holocaust lagen ihr am Herzen. Landtagsdirektor Armin Tebben (re.) dankte ihr im Namen des Landtages für ihr außerordentliches Engagement. Ihr Nachfolger ist Gerhard Reichert (li.). Er übernimmt die Aufgaben als Leiter des neuen Referats SG 3 – Öffentlichkeitsarbeit, Parlamentarische Bildung, Besucherdienst, Veranstaltungen des Landtages, Demokratische Teilhabe.

Seit April erstrahlt der Burgseeflügel des Schweriner Schlosses in neuem Licht. Eine neue Lichtinstallation lässt das Schloss in der Dämmerung und nachts nachhaltig und ökologisch leuchten. Gefördert wurde die Neuerung vom Verein Pro Schwerin mit 13.000 Euro. Mit dieser Förderung und zusätzlichen Eigenmitteln aus Spenden sollte ursprünglich die Dachlandschaft am Burgseeflügel beleuchtet werden. Aufgrund der Bereitstellung zusätzlicher Landesmittel im Jahr 2018 konnte die gesamte Anleuchtung des Burgseeflügels realisiert werden. Die verwendeten Lampen sind mit modernster stromsparender LED-Technik ausgestattet. Das Lichtniveau ist auf die Tages- bzw. Nutzungszeiten abgestimmt, so gibt es eine Szene mit hohem Lichtniveau für die ersten Dunkelstunden, eine zweite senkt das Lichtniveau in der späten Nacht ab. Als nächster Bauabschnitt sollen die stadtseitig orientierten Fassaden des Hauses über der Schlosskirche und des Burggartenflügels angeleuchtet werden.



# TAG DER OFFENEN TÜR

im Landtag  
Mecklenburg-Vorpommern  
am Sonntag, 16. Juni 2019  
von 10 bis 17 Uhr (letzter Einlass 16:30 Uhr)

[www.landtag-mv.de](http://www.landtag-mv.de)



## BLICKEN SIE HINTER DIE KULISSEN IM SCHÖNSTEN LANDTAG DEUTSCHLANDS!

Die Arbeit des Landesparlaments besser kennenlernen +++  
den neuen Plenarsaal besichtigen +++ die Fraktionen  
und die Fachausschüsse besuchen +++ mit  
Abgeordneten diskutieren +++ den Bürgerbeauftragten  
und den Landesbeauftragten für Datenschutz und  
Informationsfreiheit treffen +++ das NDR-Studio im  
Schloss besuchen +++ Freier Eintritt im Schlossmuseum  
+++ die Schlosskirche besichtigen +++ Für Unterhaltung  
und das leibliche Wohl ist gesorgt.

Fotos: Cornelius Kettler, Diana Salow, Stefan Janssen, Kerstin Stenzel, Jörn Lehmann



**LANDTAG**  
Mecklenburg-Vorpommern